

Karl M. Hettlage hatte nach dem Zweiten Weltkrieg viel zu verbergen: Er war einer von Albert Speers engsten Mitarbeitern gewesen und hatte dabei maßgeblich an der Vertreibung der Berliner Juden und an der Organisation der deutschen Kriegs- und Rüstungsmaschinerie mitgewirkt. Seiner Karriere nach 1945 stand das nicht im Weg. Er wurde Professor für Öffentliches Recht und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium von 1959 bis 1962, wo er auch mit der Wiedergutmachung befasst war. Susanna Schrafstetter, Professorin an der Universität von Nebraska, spürt diesem erstaunlichen Lebensweg nach und fragt dabei insbesondere nach den Konsequenzen, die ein Täter zog, als er mit Opfern zu tun hatte, die Ansprüche auf Entschädigung und Wiedergutmachung erhoben.

Susanna Schrafstetter

Verfolgung und Wiedergutmachung

Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Anlässlich seines 90. Geburtstags am 28. November 1992 wurde der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium und emeritierte Professor der Universität Mainz, Karl Maria Hettlage, von seinem Kollegen Professor Klaus Vogel gewürdigt. „Zuverlässigkeit, Pflichtbewusstsein [und] Bereitschaft zum Einsatz für das Gemeinwohl“¹ zeichneten Karl Maria Hettlage zeit seines Lebens aus, schrieb Vogel in Anerkennung der Verdienste eines der renommiertesten Experten für Finanzrecht in Deutschland. Hettlage konnte in der Tat auf einen höchst erfolgreichen Lebensweg zurückblicken: 1951 wurde er auf einen Lehrstuhl für Rechtswissenschaft an der Universität Mainz berufen, 1958 ernannte ihn Finanzminister Franz Etzel zum Ministerialdirektor, ein Jahr später war Hettlage bereits Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. 1962 wechselte er zur Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und 1965 wurde er Präsident des IFO Instituts für Wirtschaftsforschung. Er blieb bis 1976 in dieser Position, kehrte aber 1967 für zwei Jahre als Staatssekretär ins Finanzministerium zurück. Außerdem war Hettlage Mitglied in wichtigen Aufsichtsräten und Kommissionen, wie dem Wissenschaftsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen². 1967 wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet.

In jungen Jahren hätten die Nationalsozialisten seinem beruflichen Weiterkommen ein jähes Ende gesetzt, behauptete Hettlage stets. Als Kämmerer der Stadt Berlin sei er 1939 aus dem Amt gedrängt worden, er habe im Dritten Reich

¹ Klaus Vogel, Karl Maria Hettlage zum 90. Geburtstag, in: Archiv des öffentlichen Rechts 117 (1992), S. 645. Siehe auch ders., Nachruf zum Gedenken an Karl Maria Hettlage, in: Archiv des öffentlichen Rechts 120 (1995), S. 631 f.

² Vgl. ebenda.

fortan als Mitglied im Vorstand der Commerzbank überwintert. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 sei er persönlicher Verfolgung nur knapp entkommen. Wie wir heute wissen, sah die Realität etwas anders aus: die Mitgliedschaft im Vorstand der Commerzbank war eine Nebentätigkeit. Hettlage arbeitete seit April 1940 beim Generalbauinspektor (GBI) für die Reichshauptstadt Albert Speer. In dieser Stellung war er an der systematischen Vertreibung Tausender Berliner Juden aus ihren Wohnungen beteiligt³. Als Speer 1942 Rüstungsminister wurde, ernannte er den bewährten Mitarbeiter zum Leiter der Generalabteilung Wirtschaft und Finanzen in seinem Ministerium.

Der Fall Hettlage ist die Geschichte zweier Paradoxa: Hettlage war – erstens – Täter, aber kein Nationalsozialist. Er war zu keiner Zeit NSDAP-Mitglied und bewahrte sich eine innere, kritische Distanz zur NS-Herrschaft. Gleichzeitig hat er Albert Speer von 1940 bis 1945 loyal gedient. Hettlages Karriere weist – zweitens – eine direkte Kontinuität von der Verfolgung zur Wiedergutmachung auf. Zwischen 1958 und 1964 verhandelte die Bundesrepublik mit verschiedenen westeuropäischen Staaten über Wiedergutmachung für deren Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, was zum Abschluss von insgesamt elf Wiedergutmachungsabkommen, den sogenannten Globalabkommen, führte⁴. Hettlage war als Staatssekretär im Finanzministerium von 1959 bis 1962 mit den Verhandlungen befasst.

Die Forschungsliteratur hat sich gerade in den letzten Jahren intensiv mit den NS-Eliten und ihren beruflichen Schicksalen in der Nachkriegszeit auseinandergesetzt⁵. Trotzdem sind noch immer viele interessante Fälle und gerade die personellen Kontinuitäten auf der Beamtenebene weitgehend unerforscht. Dies zeigte sich im Frühjahr 2005, als der damalige Außenminister Joschka Fischer einem ehemaligen Botschafter „mit NSDAP- und SS-Vergangenheit das ‚ehrende Gedenken‘ in einem amtsinternen Mitteilungsblatt verweigerte“⁶ und damit eine Diskussion über die historische Aufarbeitung der Personalpolitik in seinem Haus entfachte. Hettlage blieb lange Zeit im Schatten Albert Speers. In der Literatur über Speer und in Speers eigenen Publikationen wurde er in der Regel nur

³ Vgl. Susanne Willems, *Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungspolitik für den Berliner Hauptstadtbau*, Berlin 2002.

⁴ Zu den Globalabkommen siehe Hans Günter Hockerts/Claudia Moisel/Tobias Winstel (Hrsg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa*, Göttingen 2006. Globalabkommen wurden mit Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden, Griechenland, Großbritannien, Italien und der Schweiz geschlossen.

⁵ Siehe z. B. Norbert Frei (Hrsg.), *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt a. M. 2001; Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik: NS Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1998; Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2004; Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger (1904–1988). *Kanzler zwischen den Zeiten*, Stuttgart 2006; Philipp-Christian Wachs, *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt a. M. 2000.

⁶ Hans-Jürgen Döscher, *Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amts*, Berlin 2005, S. 11. Der Forschungsstand zum Auswärtigen Amt ist im Vergleich zum Bundesministerium der Finanzen bereits jetzt gleichsweise gut.

flüchtig erwähnt⁷. Erst vor kurzem haben die Historiker Karl Maria Hettlage „entdeckt“ und ausführlich über seine zentrale Rolle in der Generalbauinspektion und im Rüstungsministerium berichtet⁸. Dagegen hat sich die Forschungsliteratur bisher nur am Rande mit der Frage beschäftigt, ob ehemalige Täter mit der Wiedergutmachung befasst wurden⁹.

Im Folgenden wird die berufliche Karriere Karl Maria Hettlages von der Verfolgung zur Wiedergutmachung skizziert. Dabei stehen Fragen nach den biografischen und gesellschaftlichen Kontinuitäten und Brüchen im Mittelpunkt der Betrachtung. Auf Hettlages Weg vom Zentrumsabgeordneten zum Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen in Speers Rüstungsministerium bis zum Staatssekretär der CDU im Finanzministerium blieb Hettlage gläubiger Katholik. Warum wurde er trotz der inneren weltanschaulichen Kontinuität zum Täter, zum Erfüllungsgehilfen Speers? Am Fall Hettlage lässt sich nachzeichnen, wie hohe Funktionsträger des NS-Staates, die sich ein gewisses Maß an ideologischer Resistenz bewahrt hatten, dies in der Entnazifizierung dazu benutzen konnten, sich zum aktiven Widerstandskämpfer zu „befördern“ und damit ihre Rolle im NS-Herrschaftssystem und ihre Mitverantwortung vollständig auszublenden. Schließlich wird dargestellt, welche Position Hettlage als Staatssekretär zur Wiedergutmachung für die Opfer bezog. Hier geht es insbesondere um den „zähen Abwehrkampf“¹⁰ des Bundesfinanzministeriums gegen die Wiedergutmachungsangebote des Auswärtigen Amtes an die Verbündeten in Westeuropa und, im weiteren Sinne, um die Frage, inwieweit das Bundesministerium der Finanzen mit ehemaligen Tätern besetzt war.

⁷ Üblicherweise wurde ihm die Aussage zugeschrieben, Speer sei Hitlers „unglückliche Liebe“ gewesen. Joachim Fest, *Speer. Eine Biographie*, Berlin 1999, S. 153; Dan van der Vat, *The Good Nazi. The Life and Lies of Albert Speer*, London 1997, S. 71; Gitta Sereny, *Albert Speer: his Battle with Truth*, New York 1995, S. 157. Matthias Schmidt, *Albert Speer. Das Ende eines Mythos*, München 1982, erwähnt Hettlage mit keinem Wort. Auch Gregor Janssen, *Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg*, Frankfurt a. M. 1968, S. 41 f., beschränkt sich auf einen Absatz über Hettlage.

⁸ Vgl. Willems, *Jude*; Paul Jaskot, *The Architecture of Oppression. The SS, Forced Labor and the Nazi Monumental Building Economy*, New York 2000. Jüngst auch Heinrich Breloer, *Die Akte Speer. Spuren eines Kriegsverbrechers*, Berlin 2006, und Thomas Rothbart, *Typische Schreibtischtäter*, in: *Thüringer Allgemeine* vom 7. 9. 2006. Allerdings hat sich die Forschung bisher nahezu ausschließlich für diesen Lebensabschnitt Hettlages interessiert, auf seine Nachkriegskarriere wird nur in Ansätzen verwiesen. Vgl. Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943–45, Begleitband zur ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, hrsg. im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora von Jens Christian Wagner, Göttingen 2007, S. 159 f. Siehe außerdem Willems, *Jude*, S. 30 u. S. 420; Jaskot, *Architecture*, S. 146; Breloer, *Akte*, S. 418.

⁹ Vgl. Ilse Birkwald, *Ein Opfer der Finanzverwaltung. Der ganz normale Fall Oppenheim vor und nach 1945*, in: Alfons Kenkmann/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), *Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden*, Münster 1999, S. 102–121, hier S. 121. Gerd Blumberg, *Etappen der Verfolgung und Ausraubung und ihre bürokratische Apparatur*, in: Ebenda, S. 15–40, hier S. 38 f.; Jürgen Lillteicher, *Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2007, S. 97–100.

¹⁰ Tobias Winstel, *Die Bundesregierung und die europäischen Entschädigungsforderungen bis 1965*, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 61–93, hier S. 83.

1. Karl Hettlages Karriere in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Jugend, berufliche Anfänge und das Ende der Weimarer Republik

Karl Maria Hettlage wurde am 28. November 1902 in Essen geboren und wuchs in einer katholischen Familie in der Kleinstadt Eschweiler auf. Von 1921 bis 1924 studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln und Münster, das Studium schloss er 1924 mit einem Prädikatsexamen ab. Als Student engagierte sich Hettlage eigenen Angaben zufolge in verschiedenen Organisationen. 1922 trat er einem regionalen Freikorps bei. Im selben Jahr rief er in Münster eine Sozialstudentische Zentrale der Dr. Sonnenschein Bewegung¹¹ ins Leben. Der katholische Sozialreformer Dr. Carl Sonnenschein hatte 1908 das Sekretariat sozialer Studentenarbeit gegründet, das sowohl „Wohlfahrtsarbeit an und für die Studenten“ als auch „soziale Arbeit durch die Studenten“¹² förderte. Der „Studentenerwecker“¹³ Sonnenschein, der politisch dem linken Flügel der Zentrums- partei nahe stand, wollte mit seinem Engagement Brücken zwischen der Arbeiterschaft und den Studenten bauen. Letzteres setzte Hettlage in die Tat um: Er verdiente sich sein Studium unter anderem als Gleisbau- und Brauereiarbeiter¹⁴. Über seine Freikorpsmitgliedschaft verriet er wenig, er sagte nur, dass er einer „Studentenformation an der Universität Münster für den politischen Kampf gegen die KPD während der Unruhen im Ruhrgebiet“ angehörte¹⁵. Tatsächlich war Hettlage von 1922 bis 1925 Mitglied beim Westfälischen Treubund, der Ende 1921 von dem Münsteraner Juraprofessor Hubert Naendrup gegründet wurde und aus der verbotenen Organisation Escherich (Orgesch) hervorging¹⁶, und 1923 schloss er sich für 4 Monate als „Zeitfreiwilliger“ einer Schwarzen Reichswehreinheit an¹⁷. Der Treubund, dem zahlreiche Organisationen wie der Verband heimattreuer Westfalen angegliedert waren, wurde die bedeutendste Wehrorganisation im Münsterland¹⁸ und radikalisierte sich in zunehmendem Maße: „Die geplante Beteiligung des Westfalen-Treibunds an einem Rechtsputsch dürfte ein offenes Geheimnis gewesen sein, denn Hinweise auf Verbindungen

¹¹ Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv (künftig: HStA) Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum.

¹² Ernst Thrasolt, zit. nach Theodor Eschenburg, Carl Sonnenschein, in: VfZ 11 (1963), S. 333–361, hier S. 346. Siehe auch Rolf Lubek, Carl Sonnenschein. Sozialreformer und Großstadtseelsorger, Limburg 1980.

¹³ Eschenburg, Sonnenschein, S. 348.

¹⁴ HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum.

¹⁵ Landesarchiv (künftig: LA) Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11536, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 6. 2. 1955.

¹⁶ Vgl. Gerd Krüger, „Treudeutsch allewege!“ Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887–1929/30), Münster 1992, S. 115.

¹⁷ Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, (ehemals BDC), SS-Führerpersonalakten 94-A, Karl Hettlage, SS-Stammkarte.

¹⁸ Krüger, Gruppen, S. 118. So war zum Beispiel auch die Münsteraner SA in dem zum Treubund gehörenden Wanderbund Heimatliebe vollzählig vertreten. Vgl. ebenda, S. 176.

zwischen den bayerischen Kreisen und dem westfälischen Treubunde erreichten Ende September sogar das Reichskabinett.¹⁹ 1925 löste sich der Westfalen-Treubund auf, viele seiner Mitglieder schlossen sich dem Stahlhelm an, nicht jedoch Hettlage, der der Zentrumsparterie beitrug.

Zentrum und Treubund, wie passte das zusammen? Es gab eine partielle ideologische Übereinstimmung des katholisch-konservativen Milieus und der rechtsgerichteten Verbände. Die Zustimmung zu den Putschplänen reichte „bis in DVP und Zentrum hinein“²⁰. Außerdem ermunterte Naendrup seine Studenten zur Mitgliedschaft, und viele Münsteraner Studenten scheinen diesem Werben gefolgt zu sein, wobei seine charismatische Führungspersönlichkeit und das Bedürfnis nach Gruppenerlebnissen wohl eine Rolle gespielt haben. Man kann diese Freikorpsmitgliedschaft als temporäre Radikalisierung unter dem Eindruck der Ruhrkrise und der stark nationalistisch geprägten Stimmung an der Universität Münster verstehen.

1926 wurde Hettlages Doktorarbeit „Die Intervention in der Geschichte der Völkerrechtswissenschaft und im System der modernen Völkerrechtslehre“ an der Universität Köln angenommen. 1929 bestand er das große (zweite) Staatsexamen und bekam eine Stelle bei der Stadtverwaltung in Köln²¹. Oberbürgermeister Konrad Adenauer, schrieb Hettlage, habe ihm ein für ihn neues Arbeitsgebiet, die Verwaltung der städtischen Finanzen, übertragen²². Von dort wurde Hettlage 1930 zum Leiter der Finanzabteilung des Deutschen Städtetages berufen. Gleichzeitig habilitierte er sich an der Universität Köln²³. Der Beginn einer politischen Karriere war ebenso erfolgreich wie der berufliche Werdegang: 1932 wurde Hettlage als Abgeordneter der Zentrumsparterie für den Wahlkreis Köln/Aachen in den preußischen Landtag gewählt²⁴. Kurz darauf erfolgten der „Preußenschlag“, der Staatsstreich von Papens gegen Preußen, und schließlich im Februar 1933 die Auflösung des preußischen Landtags²⁵.

¹⁹ Ebenda, S. 192 f.

²⁰ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 80.

²¹ Karl Maria Hettlage, Die Intervention in der Geschichte der Völkerrechtswissenschaft und im System der modernen Völkerrechtslehre, Köln, Univ. Diss., 1926. Ein unter dem Abschnitt Gliederung angekündigtes Schlusskapitel scheint nicht eingereicht worden zu sein. Die streng wissenschaftliche Arbeit lässt keine Rückschlüsse auf Hettlages politische Überzeugungen zu. Er steht der Idee des Völkerbunds grundsätzlich positiv gegenüber, kritisiert aber sein anmaßendes Interventionsrecht (S. 78) gegenüber Nichtmitgliedern.

²² HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum.

²³ Ebenda.

²⁴ Vgl. Herbert Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 300.

²⁵ Vgl. Horst Möller, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. III: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin 2001, S. 149–316, hier S. 298–308; Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 555–576.

Der junge Abgeordnete scheint in der Endphase der Republik kaum eine politische Rolle gespielt zu haben²⁶. In der Abstimmung vom 4. Februar 1933 über die Auflösung des preußischen Landtags war Hettlage einer von zwei Zentrumsabgeordneten, die der Abstimmung fern blieben, während alle anderen Abgeordneten des Zentrums gegen die Auflösung stimmten²⁷. Im Folgenden scheint Hettlage sich für eine zügige Auflösung der Zentrumsparterie ausgesprochen zu haben²⁸. Einige preußische Zentrumsmitglieder führten seit 1932 mehr oder weniger offen Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten, und nicht wenige Zentrumspolitiker hofften nach dem 30. Januar 1933 darauf, „doch noch an einer Sammlung beteiligt zu werden“²⁹. Das soll Hettlage hier keineswegs unterstellt werden, aber die im Zentrum teilweise vorhandene Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in Erinnerung rufen. Die passive Haltung 1932/33 erleichterte möglicherweise seine Ernennung zum Kämmerer der Stadt Berlin. Vielleicht hat auch seine Bekanntschaft mit Johannes Popitz, dem preußischen Finanzminister bis 1944, eine Rolle gespielt³⁰. Hettlage übernahm diese Position im November 1934, nachdem er sie offenbar schon eine Weile kommissarisch verwaltet hatte³¹. Nebenbei unterrichtete er als außerplanmäßiger Professor an der Wirtschaftshochschule in Berlin.

Die Position Hettlages war innerhalb der NSDAP umstritten. Der einflussreiche Münchener Oberbürgermeister und Chef des Hauptamts für Kommunalpolitik, Reichsleiter Karl Fiehler, warnte vor Hettlages politischer Unzuverlässigkeit und drängte einige Gauleitungen, ihn nicht länger bei öffentlichen Veranstaltungen auftreten zu lassen³². Hettlage war als Finanzexperte ein gefragter Redner bei Stadt- und Universitätsveranstaltungen gewesen, auf Druck Fiehlers wurden aber mehrere Einladungen zurückgenommen. Fiehlers Geschäftsführer im Hauptamt Kommunalpolitik, Karl Schön, erklärte in einem Vermerk, dass Hettlage wegen seiner früheren Zentrumsmitgliedschaft vom Deutschen Gemeindetag (ehemals

²⁶ Als Mitglied des Landtags sprach Hettlage offensichtlich kein einziges Mal. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1932/33, Bde. 1 u. 2, Berlin 1932/33. In der Literatur zur Zentrumsparterie in der Weimarer Republik spielt Hettlage kaum eine Rolle. So erwähnt z. B. Hömig, Zentrum, S. 300, nur Hettlages Wahl in den Landtag im April 1932.

²⁷ Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1932/33, Bd. 2, Sp. 2550. Hettlage war nur Mitglied in einem permanenten Ausschuss, dem Ausschuss für Verfassungsfragen, den sein Zentrumskollege Gronowski leitete. Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1932/33, Berlin 1933, S. 994. Der Auflösungsantrag der NSDAP-Fraktion wurde abgelehnt, auch das zwei Tage später beratende „Dreimännerkollegium“ (Adenauer, Kerll, Braun) lehnte den Antrag ab. Vgl. Rudolf Morsey, Der Beginn der „Gleichschaltung“ in Preußen. Adenauers Haltung in der Sitzung des „Dreimännerkollegiums“ am 6. Februar 1933, in: VfZ 11 (1963), S. 85–97, hier S. 88.

²⁸ Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren, 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 711.

²⁹ Detlef Junker, Die deutsche Zentrumsparterie und Hitler 1932/33, Stuttgart, 1969, S. 170. Siehe auch Hömig, Zentrum, S. 274 f.

³⁰ Vogel, Nachruf, S. 631, bezeichnet Popitz als Hettlages Mentor.

³¹ Vgl. Willems, Jude, S. 29 f.

³² BA Berlin, (chem. BDC), PK, E 0184, Nr. 1160 u. Nr. 1164, Hauptamt für Kommunalpolitik, München an Gauamt für Kommunalpolitik Essen, 15. 2. 1938; ebenda, Gauleitung Berlin an Hauptamt für Kommunalpolitik München, 29. 11. 1937.

Deutscher Städtetag) ausgeschlossen worden war, aber „auf unerklärliche Weise in die Stadtverwaltung Berlin übernommen wurde“³³. Hettlage war als Leiter der Finanzabteilung des Deutschen Städtetages für den Posten des Stadtkämmerers hervorragend qualifiziert. Bekanntermaßen duldeten die Nationalsozialisten (zumindest für einige Zeit) kompetente Beamte und Fachexperten, die keine Nationalsozialisten waren, in wichtigen politischen Positionen, solange diese wilens waren, den neuen Machthabern zu dienen.

Von der Stadtverwaltung Berlin zu Albert Speers Generalbauinspektion

Ob Hettlage aus dem Amt gedrängt wurde, weil einflussreiche Widersacher Druck machten, oder ob er diese Position aus freien Stücken aufgab, muss ungeklärt bleiben³⁴. Er verließ die Stelle als Stadtkämmerer Berlins im Frühjahr 1939. Als offizieller Grund für sein Ausscheiden wurde seine Berufung in den Vorstand der Commerzbank genannt, eine Aufgabe, der er sich mit ganzer Kraft widmen wollte³⁵. Tatsächlich wurde Hettlage jedoch nicht nur Vorstandsmitglied bei der Commerzbank, er war ab 1. April 1940 auch beim Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Albert Speer beschäftigt. Hettlage fungierte in der Neugestaltungsbehörde zunächst als Präsident der Durchführungsstelle und ab Oktober 1940 als Leiter des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft – Hauptamt II, eine der drei Hauptabteilungen beim GBI³⁶.

Am 18. September hielt der Reichspropagandaminister und Berliner Gauleiter Joseph Goebbels in seinem Tagebuch fest, dass er Hettlage für politisch unzuverlässig halte³⁷. Einige Wochen später notierte er, dass eine Untersuchung im Falle Hettlage nichts Belastendes zutage gefördert habe, er bei Speer bleiben könne, aber nicht in die Partei aufgenommen werden solle³⁸. Goebbels' Groll reichte eine Weile zurück: als Stadtkämmerer hatte Hettlage mehrmals versucht, Goebbels' Plünderung der Stadtkasse für private Zwecke einen Riegel vorzuschieben³⁹. Die Abneigung des Ministers war allerdings nicht stark genug, um Hettlages Stel-

³³ Ebenda, Nr. 1168, Vermerk Schön, 13. 3. 1935.

³⁴ Willems, Jude, S. 16 u. S. 29, legt die Vermutung nahe, der Wechsel sei nicht unbedingt auf Druck von außen erfolgt.

³⁵ Vgl. ebenda, S. 29 f.

³⁶ BA Berlin, R 4606/370, Bl. 94, Lammers an Speer, 4. 5. 1940; LA Berlin, A 107/54, Bl. 58, Bescheinigung gez. Speer, 20. 5. 1941. Siehe auch Willems, Jude, S. 33, und Fest, Speer, S. 96.

³⁷ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Institut für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 8, bearb. von Jana Richter, München 1998, Eintragung vom 18. 9. 1940, S. 333.

³⁸ Ebenda, Eintragung vom 6. 10. 1940, S. 363.

³⁹ HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948. Dies ist auch durch weitere Zeugenaussagen belegt. Speer hatte den Berliner Bürgermeister Steeg beschuldigt, Hettlage bei Goebbels angeschwärzt zu haben. BA Berlin, R 4606/4880, Speer an Steeg (Entwurf), 10. 12. 1941. Aus den Tagebuchaufzeichnungen ist jedoch ersichtlich, dass sich Steeg gegenüber Goebbels zumindest anfangs positiv über Hettlage geäußert haben muss. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 8, S. 333.

lung zu gefährden. Seinem Wechsel von der Stadtverwaltung zum GBI hatte ja auch nichts im Wege gestanden. Auch wäre es eher ungewöhnlich, hätte Hettlage keine einflussreichen Feinde gehabt. In seiner Stellung konnte er von den Machtkämpfen in Partei und Verwaltung nicht unberührt bleiben.

Bereits lange vor seiner Ernennung zum Rüstungsminister 1942 hatte Speer in Zusammenarbeit mit der SS in großem Stil KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene für kriegswirtschaftliche und bautechnische Zwecke ausgebeutet. Ziegel und andere Baumaterialien, die Speer benötigte, wurden von KZ-Häftlingen in verschiedenen Konzentrationslagern produziert⁴⁰. Auch für kriegswichtige Bauaufgaben (z. B. Luftschutzbauten, Rüstungsbau), die der GBI mit Kriegsbeginn übernommen hatte, wurden zunehmend Zwangsarbeiter herangezogen. Um Speers Monumentalbauten verwirklichen zu können, musste in Berlin Platz geschaffen werden. Wohnungsknappheit war die vorhersehbare Folge. Um dieses Problem zu lösen, vertrieben Speer und sein Mitarbeiterstab zahlreiche jüdische Mieter aus ihren Wohnungen, die „arischen“ Mietern zugesprochen wurden, deren Wohnungen den Abrissplänen zum Opfer fallen würden⁴¹. Eine stetig wachsende Zahl von Juden wurde gezwungen, in qualvoller Enge im sogenannten „Schachtelraum“⁴² zu leben, dem Sektor des Wohnungsmarkts, wo Juden noch wohnen durften. Seit Januar 1941 war man beim GBI unter dem Kodennamen erste, zweite und dritte Aktion zu einer Politik der gewaltsamen Vertreibung übergegangen, die in der Deportation der Berliner Juden in die Ghettos im besetzten Polen kulminierte. Hettlages Hauptamt II koordinierte diese Vertreibungen⁴³. Gleichzeitig beteiligte sich der GBI aktiv an der Arisierung jüdischen Wohneigentums⁴⁴. „Es hatte sich herumgesprochen, dass man bei Speer eine Geschosswohnung oder auch ein Einfamilienhaus im nahen Westen bestellen oder ‚eine geeignete Judenvilla in bevorzugter Lage‘ ausfindig machen lassen konnte. [...] Im Juni 1941 billigten Speer und Hettlage den Missbrauch des dem GBI für städtebauliche Maßnahmen eingeräumten Vorkaufrechts zugunsten privater Interessenten, ‚um den für unsere Zwecke notwendigen jüdischen Grundbesitz (Villen etc.) in unsere Hände zu bringen‘. Der GBI tätigte den Vorkauf innerhalb der gesetzlichen Frist von sechs Wochen, sobald die beim GBI ‚vorhandenen Bewerber‘ Interesse bekundeten. Damit solche Transaktionen amtlicher Korruption den Haushalt des GBI nicht belasteten, hatten die Schnäppchenkäufer den Preis zur Ausbootung anderer privater Käufer bei der Amtskasse des GBI im Voraus einzuzahlen.“⁴⁵

Als Stadtkämmerer hatte Hettlage sich bereits beim Reichswirtschaftsministerium dafür eingesetzt, der Stadt Berlin bei Arisierungsgeschäften die Ausgleichsabgabe (eine Steuer auf Arisierungsgewinne) zu erlassen: „Mit ihrer Mitwirkung an der Neugestaltung der Reichshauptstadt erfüllt diese eine dringliche öffentli-

⁴⁰ Vgl. Jaskot, *Architecture*, S. 19–34 u. S. 80–82.

⁴¹ Vgl. Willems, *Jude*; Jaskot, *Architecture*, S. 87 f. u. S. 100 f.

⁴² Zit. nach Willems, *Jude*, S. 102.

⁴³ Vgl. ebenda, S. 180.

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 129.

⁴⁵ Ebenda, S. 253.

che Aufgabe. Sie findet dabei Unterstützung des Reiches. Die Bauträger der Neugestaltung bauen wesentlich nicht im eigenen Interesse, sondern in Mitwirkung an dieser Neugestaltungsaufgabe im Interesse der Volksgemeinschaft⁴⁶, argumentierte Hettlage.

Hitlers Anordnung vom September 1940, 1000 jüdische Wohnungen, die im Rahmen des Neubauprogramms geräumt wurden, für potentielle Opfer von Luftangriffen freizuhalten, diente als Vorwand für eine Reihe von Zwangsräumungsaktionen⁴⁷. Hettlage organisierte die Bereitstellung dieser Wohnungen. Im Januar 1941 lud er Vertreter der Stadtverwaltung, des Reichssicherheitshauptamtes und der Schutzpolizei zu einer Besprechung ein, um die Einzelheiten der Räumungsaktionen zu erörtern. Er betonte, dass es ihm auf eine zügige Durchführung ankäme: die SS war in seinen Augen durchaus in der Lage, jeweils 100 Wohnungen in zwei Wochen zu räumen⁴⁸. Nach einer kurzen Renovierung sollten diese Wohnungen dann Opfern von Luftangriffen zur Verfügung stehen. Hettlage und Speer hatten sich bereits früher darüber beklagt, dass „die Judenwohnungen z. T. recht verwohnt sind“⁴⁹. Hettlage betonte zwar, dass die SS keine Wohnungen von Juden, die mit Nichtjuden verheiratet waren, räumen sollten, aber die Sitzungsprotokolle zeigen auch, dass er und sein Stellvertreter Willi Clahe keinerlei Skrupel hatten, tausende jüdische Bürger notfalls mit Gewalt aus ihren Wohnungen zu entfernen⁵⁰. Beginnend mit der dritten Aktion im August 1941 konnten die Juden auch nicht länger Zuflucht im „Schachtelraum“ suchen, sie wurden nun deportiert⁵¹. Hettlages Hauptamt II erstellte die Listen der Juden, die aus ihren Wohnungen vertrieben und der Gestapo zur Deportation überantwortet werden sollten⁵².

Für die Realisierung der monumental Baupläne Speers wurden gewaltige Mengen an Baumaterialien gebraucht. Diese sollten im Wesentlichen von Zwangsarbeitern und Häftlingen in den Konzentrationslagern produziert werden. Zu diesem Zweck gründete die SS im April 1938, nach einer Übereinkunft Hitlers mit Himmler und Speer, die Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH (DEST), ein dem Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS unterstelltes Unternehmen, das in Steinbrüchen, Steinbearbeitungsanlagen, Ziegelwerken sowie im Straßenbau in großem Umfang Häftlinge zur Arbeit einsetzen sollte⁵³. Das Granitwerk Mauthau-

⁴⁶ BA Berlin, R 4606/158, Hettlage an Schmeers, 10. 12. 1938; vgl. Willems, Jude, S. 130.

⁴⁷ Vgl. Jaskot, Architecture, S. 100; Willems, Jude, S. 193; Breloer, Akte, S. 102. Diese Wohnungen sollten erst nach Kriegsende an Mieter, die von den Neugestaltungsplänen betroffen waren, vermietet werden.

⁴⁸ BA Berlin, R 4606/1975, Protokoll, 30. 1. 1941. Siehe auch Willems, Jude, S. 196 f., und Jaskot, Architecture, S. 101. Das Dokument ist nun veröffentlicht in: Breloer, Akte, S. 103–107.

⁴⁹ BA Berlin, R 4606/703, Hettlage i. V. Speer an den Oberbürgermeister der Stadt Berlin, 29. 7. 1940.

⁵⁰ BA Berlin, R 4606/1975, Protokoll, 30. 1. 1941.

⁵¹ Vgl. Willems, Jude, S. 278–280.

⁵² Vgl. ebenda, S. 326.

⁵³ Zur Gründung von DEST siehe Herman Kaienburg, Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 603–609; Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 42–58; Hermann Kaienburg, Vernichtung durch Arbeit. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbe-

sen, in dem die Häftlinge des in der Nähe errichteten Konzentrationslagers zu Tode geschunden wurden, war einer der größten DEST-Betriebe⁵⁴. Der GBI war nicht nur der beste Kunde von DEST, sondern finanzierte auch das Unternehmen und dessen stetige Erweiterung. 1940 verhandelte der GBI mit der SS über Pläne zum Bau des Steinbearbeitungswerks Oranienburg (Oranienburg II, auch bekannt als „Kommando Speer“) ⁵⁵. Die Planungen für ein riesiges Ziegelwerk in Oranienburg (Oranienburg I) liefen bereits (allerdings stockend) seit 1938⁵⁶. In der Nähe sollte nun großflächig Wald abgeholzt werden, um dort Fabrikhallen, Verwaltungsgebäude und Baracken für die Häftlinge sowie Eisenbahnverbindungen bauen zu können. Die Arbeiten sollten von den Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen durchgeführt werden⁵⁷. Hettlage war auf Seiten des GBI mit der finanziellen Planung betraut und beaufsichtigte den Fortgang beider Projekte und die Überweisung der Zahlungen an die SS. Einen Machtkampf mit Oswald Pohl, dem Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, über Vertragsbestimmungen und Kosten für die Errichtung von Oranienburg II entschied er klar für sich. Ein von ihm überarbeiteter Vertrag wurde schließlich im Oktober 1942 unterzeichnet, der de facto dem GBI die Bauherrschaft übertrug⁵⁸. In diesem Vertrag ging es nur mehr um „die Fertigstellung aller zum Lagerplatz gehörigen Arbeiten [...], die Errichtung des eigentlichen Steinbearbeitungswerks wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben“ und die Häftlinge in immer stärkerem Maße „auf die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Beutegut umgestellt“⁵⁹.

Die kriegswichtigen Bauaufgaben des GBI reichten von der Beseitigung von Bombenschäden, der Luftrüstungsproduktion und dem Einsatz der Transportstandarte Speer bis zum Ausbau des Verkehrsnetzes vom Altreich in die besetzten Ostgebiete. Seit Dezember 1941 leitete der Baustab Speer-Ostbau Straßenbauarbeiten in der Ukraine, wobei sich tausende sowjetische Kriegsgefangene und zwangsrekrutierte Juden zu Tode arbeiten mussten⁶⁰. Speer hatte auch eine Ausnahmegenehmigung Hitlers für den Einsatz russischer Kriegsgefangener bei der

strebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1990, S. 75 f.; Jaskot, *Architecture*, S. 25–34.

⁵⁴ Vgl. Georg, *Unternehmungen*, S. 44 f.

⁵⁵ Vgl. Kaienburg, *Wirtschaft*, S. 727–745.

⁵⁶ Zum Ziegelwerk Oranienburg und seinen Problemen siehe Hermann Kaienburg, *Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg*, Berlin 2006, S. 301–320; Kaienburg, *Vernichtung*, S. 93–97; Kaienburg, *Wirtschaft*, S. 647–683; Walter Naasner, *SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden Unternehmungen und weitere Dokumente*, Düsseldorf 1998, S. 139; Jaskot, *Architecture*, S. 104–106. Obwohl aufgrund eines fehlerhaften Produktionsverfahrens die Ziegelproduktion weit unter den erwarteten Ergebnissen blieb, stundete Hettlage dem Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt die Rückzahlungen an den GBI. Vgl. Kaienburg, *Sachsenhausen*, S. 315.

⁵⁷ Vgl. Kaienburg, *Wirtschaft*, S. 727–745; ders., *Sachsenhausen*, S. 320–336.

⁵⁸ Vgl. Kaienburg, *Wirtschaft*, S. 732–736.

⁵⁹ Kaienburg, *Vernichtung*, S. 118.

⁶⁰ Vgl. Willems, *Jude*, S. 432–436.

Neugestaltung Berlins erhalten⁶¹. Um den massiven Arbeitskräftebedarf befriedigen zu können, kamen hier auch Zwangsarbeiter zum Einsatz, die – wie die kriegsgefangenen Russen – in Lagern untergebracht waren. Die Kostenrechnung für Arbeitskräfteeinsatz unterstand Hettlages Hauptamt Wirtschaft und Verwaltung⁶². Gerade bei der Vermietung von Kriegsgefangenen an Bauunternehmungen verbuchte der GBI ordentliche Gewinne⁶³. Nach Abzug der Kosten für den Unterhalt der Lager Kaulsdorf und Falkensee errechnete Hettlage für den Zeitraum von Oktober 1941 bis März 1942 einen Reingewinn von 110.000 Reichsmark⁶⁴. „Sonnabends und Sonntags wird keine Suppe verabreicht“⁶⁵, hatte er unter dem Abschnitt „Verpflegung der Lagerinsassen“ notiert. Hettlage hatte die grausame Behandlung nicht angeordnet, aber er segnete die Profitmaximierung durch die wirtschaftliche Ausbeutung der russischen Kriegsgefangenen unter unmenschlichen Bedingungen ab.

Leiter des Generalreferats Wirtschaft und Finanzen im Rüstungsministerium

Als Albert Speer nach Fritz Todts tödlichem Flugzeugabsturz im Februar 1942 von Hitler zum Rüstungsminister ernannt wurde, blieb er weiterhin GBI, und sein Mitarbeiterstab arbeitete nun ebenfalls sowohl für den GBI als auch für das Rüstungsministerium. Hettlage behielt also seine Stellung bei der Generalbauinspektion und leitete nun gleichzeitig das Generalreferat Wirtschaft und Finanzen, das bis 1944 eine eigenständige Abteilung innerhalb des Rüstungsministeriums bildete⁶⁶. Hettlage war Speer unmittelbar unterstellt und galt als einer von Speers „engsten Mitarbeitern“⁶⁷. In dieser Eigenschaft spielte er eine wichtige Rolle in der Organisation der deutschen Kriegs- und Rüstungsmaschinerie. Als treibende Kraft bei der Gründung der Mittelwerk GmbH im September 1943 hatte Hettlage erheblichen Anteil an der Verlagerung der Raketenproduktionsstätten vom ausgebombten Peenemünde in die unterirdischen Stollen bei Nordhausen in Thüringen⁶⁸. Das dortige KZ Mittelbau-Dora, dessen Häftlinge die sogenannten Vergeltungswaffen bauen sollten, „verkörperte einen neuen Lagertyp, der vollständig

⁶¹ Vgl. Reinhard Otto, *Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42*, München 1998, S. 45.

⁶² Vgl. Breloer, *Akte*, S. 134 f.

⁶³ Vgl. ebenda, S. 138.

⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 136–138; BA Berlin, R 4606/4705, Ordentlicher Haushalt, 26.9. 1941. Das Dokument ist nun veröffentlicht in: Breloer, *Akte*, S. 136 f.

⁶⁵ Ebenda, S. 137; BA Berlin, R 4606/4705, Ordentlicher Haushalt, 26.9. 1941.

⁶⁶ Das Generalreferat Wirtschaft und Finanzen wurde im Rahmen einer Reorganisation des Rüstungsministeriums 1944 der Zentralabteilung von Willy Liebel unterstellt.

⁶⁷ Fest, *Speer*, S. 270.

⁶⁸ Vgl. Jens Christian Wagner, *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2001, S. 195; Michael Thad Allen, *The Business of Genocide. The SS, Slave Labor and the Concentration Camps*, Chapel Hill 2002, S. 219 f. Laut Walter Dornberger, V2 – Der Schuss ins Weltall, Esslingen 1952, S. 92, wollten Hettlage und Gerd Degenkolb, der Leiter des A4 Sonderausschusses, bereits im Februar 1943 Peenemünde in eine private Aktiengesellschaft umwandeln, weil „die Führung des Werkes versagt“ habe und „das Werk nicht den Anforderungen genügt“.

auf die Belange der Rüstungsindustrie ausgerichtet war.⁶⁹ „Verantwortliche Trägerin der Fertigung war die Mittelwerk GmbH“⁷⁰, die Teil der Rüstungskontor GmbH war, der „Hausbank des Ministeriums“⁷¹ zur Finanzierung und Organisation der Kriegsgüterproduktion⁷². Das Rüstungskontor, das der Kontrolle Hettlages unterlag⁷³, war gegründet worden um „Beschaffungen aller Art“⁷⁴ zu finanzieren. Hettlage selbst nannte als Hauptaufgabe, Rohstoff- und Rüstungslieferungen außerhalb der regulären Wehrmachtscanäle zu ermöglichen⁷⁵. Das Rüstungskontor expandierte schließlich zu einer komplexen „Rüstungsfinanzierungsinstitution“⁷⁶, die eine Reihe weiterer Beschaffungsgesellschaften, wie die Montanindustriewerke GmbH, die Rohstoffhandelsgesellschaft (Roges), die Energiebau Ost GmbH, die Mittelwerk GmbH oder das Industriekontor kontrollierte sowie den deutschen Rüstungsfirmen Kredite und Zuschüsse zur Verfügung stellte und Sonderaktionen, wie die Kupferaktion oder die Barackenaktion, „à fonds perdu finanzierte“⁷⁷. Das Rüstungskontor verfügte, laut Eichholtz, „über Hunderte Millionen RM; diese Gelder hatte der Reichsfinanzminister pauschal zur Verfügung zu stellen, dessen Beschwerden über die große Zahl ‚bedenklicher [...] Fälle‘ von Geschäften des Rüstungskontors wirkungslos blieben“⁷⁸. Es ist kaum verwunderlich, dass die Commerzbank offenbar groß in das Geschäft mit den Speerschen Rüstungsbetrieben einstieg. Hettlage sicherte seiner Bank eine Monopol-

⁶⁹ Rothbart, Schreibtischtäter. Gleichwohl „unterstanden“, wie Wagner, Produktion, S. 194, betont, „das Lagerregime und der Einsatz der Häftlinge im Mittelwerk eben nicht einer einheitlichen Leitung“. Zum Mittelwerk und Konzentrationslager Mittelbau-Dora siehe auch Joachim Neander, „Hat in Europa kein annäherndes Beispiel.“ Mittelbau-Dora – ein KZ für Hitlers Krieg, Berlin 2000; ders., Das Konzentrationslager Mittelbau in der Endphase der NS-Diktatur, Clausthal-Zellerfeld 1997. Speer besuchte das Lager im Dezember 1943. Vgl. Albert Speer, Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS, Stuttgart 1981, S. 300 f.; Breloer, Akte, S. 227–241.

⁷⁰ Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–45, Boppard 1994, S. 321.

⁷¹ Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–45, München 1999, Bd. II: 1941–1943, Teil 1 u. 2, S. 69.

⁷² Zum Rüstungskontor siehe ebenda, S. 522, sowie Willi Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt a. M. 1969, S. 18–20.

⁷³ Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 69 u. S. 522. Tatsächlich war Hettlage Vorsitzender des Beirates des Rüstungskontors. Geschäftsführer war Wehrwirtschaftsführer Schmid-Lossberg; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), MA 1555/5, NI-438: Rundschreiben Speer – Rüstungskontor, 13. 7. 1942.

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ National Archives, Kew (künftig: NA), FO 1031/141, Interrogation of Albert Speer and members of the former Reichsministry of Armaments and War Production, Report No. 18: examination of Karl Hettlage 26. u. 28. 6. 1945.

⁷⁶ Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 522. Zur Organisation der Kriegswirtschaft unter Speer siehe auch Daniela Kahn, Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im Nationalsozialistischen Deutschland. Das Beispiel der Reichsgruppe Industrie, Frankfurt a. M. 2006, S. 436–466.

⁷⁷ Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 522; IfZ-Archiv, MA 1555/5, NI-438: Rundschreiben Speer – Rüstungskontor, 13. 7. 1942.

⁷⁸ Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 522 f.

stellung bei den lukrativen Geschäften mit dem Tod⁷⁹. Als Finanzexperte des Ministeriums und Vorstandsmitglied der Commerzbank kontrollierte Hettlage einen beträchtlichen Anteil der Finanzen und der Finanzierung der deutschen Kriegsmaschine.

2. Übergangszeit 1945–1949: Karl M. Hettlage erfindet sich neu

Internierung in Kransberg

Bei Kriegsende begab sich Hettlage von Berlin über Sigrön nach Hamburg, um einer Gefangennahme auf von der Sowjetunion kontrolliertem Gebiet zu entgehen⁸⁰. Der Krieg endete für ihn mit der Internierung im Lager „Dustbin“ auf Schloss Kransberg, wo er sich in der Gesellschaft Speers und anderer Kollegen aus dem Rüstungsministerium sowie Wissenschaftlern und Wirtschaftsexperten wie Wernher von Braun oder Hjalmar Schacht wieder fand. „Operation Dustbin“ war Teil der alliierten Anstrengungen, Einblick in die wissenschaftlichen Entwicklungen auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion und die Organisation der deutschen Kriegswirtschaft zu erhalten. Sie mündeten schließlich in die „operation overcast“ und „paperclip“ – das nicht immer ganz freiwillige Engagement prominenter deutscher Wissenschaftler in den USA⁸¹. Die Verhöre der Mitarbeiter Speers bildeten die Grundlage für eine Reihe alliierter Berichte über Rüstung, Finanzfragen und Arbeit im Dritten Reich. Auch Hettlage wurde wiederholt vernommen und verfasste verschiedene Aufzeichnungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen⁸². Wie Speer hat es Hettlage verstanden, sich als unpolitischer Experte darzustellen. Im Gegensatz zu Speer gelang es Hettlage aber, die Alliierten von seiner Unschuld zu überzeugen.

Hettlage präsentierte sich als Rechtsexperte und Finanzfachmann, der seiner Stellung als Kämmerer der Stadt Berlin enthoben worden war, „da Goebbels ihn für politisch unzuverlässig hielt“⁸³. Er betonte, dass er niemals Parteimitglied gewesen war, ließ jedoch seinen Rang als SS-Hauptsturmführer (SS-Nr. 276909) unerwähnt⁸⁴. Wie so viele andere stilisierte sich Hettlage nun zum Opfer des Systems: “[in 1939] it became generally known that the Nazi Party

⁷⁹ Vgl. Rothbart, Schreibtischtäter.

⁸⁰ Vgl. Sereny, Speer, S. 524. Offenbar hat er einige Zeit auf dem Gut Sigrön verbracht, das Speers Freund Frank gehörte, und von dort aus auch den Transport der Speerschen Gemäldesammlung nach Hamburg organisiert. Siehe auch Anmerkung 124.

⁸¹ Zur Operation Paperclip siehe Tom Bower, *The Paperclip Conspiracy: the Battle for the Spoils and Secrets of Nazi Germany*, London 1987.

⁸² NA, WO 208/5206, Report No. 43, “Price Fixing and Price Control in Germany, Report No. 48, “The Financing of German War Production“. Verzeichnis der Berichte, die auf Vernehmungen von Mitarbeitern Speers basierten, in: NA, WO 208/5205.

⁸³ NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

⁸⁴ BA Berlin, (ehemals BDC), SS-Führerpersonalakten, 94-A, Dr. Karl Hettlage. Hettlage trat der SS im September 1936 als Untersturmführer bei. Am 11. 9. 1938 wurde er zum Hauptsturmführer befördert.

fought me⁸⁵, behauptete er 1945. Hettlage bestand darauf, ein Gegner des Regimes gewesen zu sein, und verwies auf Gespräche mit Carl Goerdeler über verschiedene Pläne, Hitler zu beseitigen. Er habe sich in den Unterredungen mit Goerdeler gegen die Attentatspläne ausgesprochen, da die militärische Niederlage Deutschlands noch nicht offensichtlich gewesen sei und er die Entstehung einer weiteren Dolchstoßlegende befürchtet habe. Nach dem gescheiterten Attentat vom Juli 1944 sei er verhaftet worden, so Hettlage, und Speer habe sich für seine Freilassung einsetzen müssen⁸⁶.

Hettlage betonte, dass es im Dritten Reich eine klare Trennung von Wirtschaft und Politik gegeben habe: Die Nationalsozialisten hätten sich nicht mit Wirtschaftspolitik befasst, sondern nur ihre Leute in den wichtigsten Unternehmen platziert. Der deutschen Industrie und den Wirtschaftsfachleuten hingegen habe es an politischem Einfluss und Interesse gefehlt⁸⁷. Er selbst sei von den Nazis aufgrund seiner Fachkenntnisse benutzt worden. Hettlage gab bereitwillig Auskunft über komplizierte Finanzierungsfragen und konnte so das Bild eines unpolitischen Wirtschaftsexperten verfestigen. Über das Mittelwerk und den dortigen Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen wurde er nicht befragt⁸⁸. Der Grund dafür lag wohl darin, dass die Alliierten das A4/V2-Programm nicht öffentlich mit Kriegsverbrechen assoziiert sehen wollten, da sonst Wissenschaftler wie von Braun, an denen sie selbst interessiert waren, als Kriegsverbrecher hätten angeklagt werden müssen. Aus diesem Grund wurde das Mittelwerk auch in den Nürnberger Prozessen nur am Rande erwähnt⁸⁹.

Hettlage schwieg auch über seine Tätigkeit beim GBI, während er seine Mitgliedschaft im Vorstand der Commerzbank nach seinem Ausscheiden als Stadtkämmerer in Berlin durchaus thematisierte. Er habe Speer als Stadtkämmerer kennen gelernt und musste in dieser Eigenschaft „Speers extravaganten Plänen ablehnend gegenüber stehen“⁹⁰. Tatsächlich hatte sich der Stadtkämmerer Hettlage, wie auch die Berliner Stadtverwaltung insgesamt, für Speers Baupläne eingesetzt, was angesichts der personellen Verbindungen zwischen dem GBI und der Stadtverwaltung auch nicht verwunderlich war⁹¹.

⁸⁵ IfZ-Archiv, ZS 920, Hettlage Prof. Dr. Karl, Questionnaire NIQS-II (Übersetzung), Office of Chief of Counsel for War Crimes, Nürnberg 31. 12. 1946.

⁸⁶ NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Hettlage wurde nur sehr allgemein über Arbeit und Arbeitskräfte befragt. IfZ-Archiv, OMGUS, 7/39-3/4-7, US Strategic Bombing Survey, APO 413, Interview 12A, Dr. Karl Hettlage, 16. 6. u. 18. 7. 1945.

⁸⁹ Vgl. Neander, Mittelbau, S. 482. Eine ähnliche Einschätzung bei Michael Neufeld, Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters, Berlin 1997, S. 322 f.

⁹⁰ NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

⁹¹ Vgl. Willems, Jude, S. 28–30. Trotzdem kam es zu einem Streit zwischen dem Berliner Oberbürgermeister Julius Lippert und Speer, der schließlich zu Lipperts Entlassung führte. Siehe

Der offensichtliche Widerspruch in Hettlages Angaben blieb nicht völlig unbenutzt. Der amerikanische Vernehmungsbeamte notierte, dass Hettlages Widerstand gegen Speers Baupläne diesen „offensichtlich nicht davon abgehalten hat, Hettlage 1941 zu seinem Finanzberater zu machen“⁹². Im Vernehmungsprotokoll stand dann weiter zu lesen: „Hettlage antwortete vage auf die Frage, wann genau Speer ihn aufgefordert hatte, sein Wirtschafts- und Finanzberater im Rüstungsministerium zu werden – Ende 1942 oder Anfang 1943. Er arbeitete auf Teilzeitbasis unentgeltlich im Ministerium und bezog sein Einkommen von der Commerzbank.“⁹³ Tatsächlich war der „ehrenamtliche Finanzberater“ Hettlage auf den Gehaltslisten des GBI für das Jahr 1944 als „Präsident der Hauptabteilung II, beim GBI beschäftigt seit 1. 4. 1940“ verzeichnet. In dieser Eigenschaft bezog er bis Kriegsende ein Gehalt in Höhe von monatlich 1589 Reichsmark (incl. 250 RM Ministerialzulage)⁹⁴. Hinzu kam noch eine monatliche Aufwandsentschädigung von 500 RM, die er vom Rüstungsministerium erhielt⁹⁵.

Hettlage wurde aus Kransberg frühzeitig entlassen. In den Nürnberger Nachfolgeprozessen wurde er nicht angeklagt, er war allerdings dort eine Weile in Zeugenhaft⁹⁶. Der Finanzexperte hatte seinen Lebens- und Berufsweg erfolgreich zurechtgebogen. Außerdem kam ihm zugute, dass die Alliierten die Mittelwerk GmbH nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rücken wollten.

Entnazifizierung 1948

1948 nahm Hettlage die nächste Hürde auf dem Weg zurück in den beruflichen Erfolg: Der Entnazifizierungsausschuss Bonn-Bad Godesberg stufte ihn in die Kategorie V (entlastet) ein und vermerkte, Hettlage sei „politisch tragbar“⁹⁷. Wieder einmal verschwieg das Vorstandsmitglied der Commerzbank seine Stellung im Rüstungsministerium. Auch die Generalbauinspektion erwähnte Hettlage in

Cordula Ludwig, *Korruption und Nationalsozialismus in Berlin 1924–1934*, Frankfurt a. M. 1998, S. 226 f.

⁹² NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

⁹³ Ebenda. Ähnlich IfZ-Archiv, ZS 920, Bl. 11, Historical Report, Prof. Dr. Karl M. Hettlage Special Financial Adviser to Albert Speer, 1. 10. 1945, Hettlage erklärte, Speer habe ihn gebeten, „to place myself at his disposal informally as a consultant on questions of finance“.

⁹⁴ BA Berlin, (ehemals BDC), DS/Speer Listen E 92, Bl. 744, Gehaltsabrechnung 1944/45.

⁹⁵ Ebenda, Bl. 754, Liebel an Amtschefs, 3. 6. 1944. Hettlages Auskünfte waren vage. Er gab an, von 1933 bis 1939 ein Jahresgehalt von 23.000 bis 25.000 RM bezogen zu haben. Von wem er das Gehalt erhielt, blieb offen. Mit der Ernennung zum Vorstandsmitglied der Commerzbank 1940 habe sich sein reguläres Einkommen von 25.000 auf 36.000 RM erhöht. Die Generalbauinspektion erwähnte er nicht. Allerdings datierte Hettlage den Beginn seiner Tätigkeit bei der Commerzbank fälschlicherweise auf 1940, dem Zeitpunkt seines Eintritts in die Generalbauinspektion. IfZ-Archiv, ZS, 920, Bl. 3–6, Questionnaire NIQS-II (translation) Statement under Oath of Prof. Dr. Karl Maria Hettlage, 31. 12. 1946.

⁹⁶ BA Koblenz, Z 42 IV/3756, Spruchgericht Bielefeld, Ermittlungssache gegen Dr. Karl Hettlage, Vernehmung beim Spruchgericht Hamburg-Bergedorf, 19. 10. 1948.

⁹⁷ HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Fragebogen, case summary, 14. 7. 1948.

seinem vierseitigen, einzeilig getippten Lebenslauf mit keinem Wort⁹⁸. Aus Furcht, eingezogen zu werden, so Hettlage, habe er sich Ende 1942 bereit erklärt, als ehrenamtliche Tätigkeit das Haushaltsreferat im Rüstungsministerium zu übernehmen⁹⁹. „Die Finanzfragen“, versicherte er, „waren nicht sehr zahlreich, da sie fast ganz im Finanz- und Wirtschaftsministerium entschieden wurden.“¹⁰⁰ Die Auslandsreisen, die Hettlage als Präsident der Durchführungsstelle des GBI bzw. im Auftrag des Rüstungsministers unternommen hatte, verschwieg er auf seinem Entnazifizierungsfragebogen. Dort gab er nur seine Reisen für die Commerzbank an¹⁰¹.

Dagegen listete Hettlage eine Reihe von Beispielen „seines aktiven und passiven Widerstandes gegen das Nazisystem“ auf. Er betonte insbesondere seine Kontakte zu ermordeten Männern des 20. Juli wie Carl Goerdeler, den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Merseburg, Ernst von Harnack, und den preußischen Finanzminister Popitz. Hettlages Sekretärin bestätigte in einer Erklärung die Kontakte zu Goerdeler und Popitz und behauptete, sie habe ein Gnadengesuch für von Harnack getippt, das Hettlage und Harnacks Frau bei der Gestapo eingereicht hätten¹⁰². Hettlage verwies auch darauf, jüdischen Mitbürgern geholfen zu haben. Für die jüdische Frau des ehemaligen Präsidenten des Städtetages Oskar Mulert habe er eine gefälschte amtliche Bescheinigung ausgestellt, um dem Ehepaar die Flucht und das Überleben in einem Versteck zu erleichtern¹⁰³. Hettlage legte dem Entnazifizierungsausschuss ein Dutzend Gutachten vor, die ihn als Gegner des Nationalsozialismus beschrieben. Der Eifer trieb zum Teil seltsame Blüten: Der Rechtsanwalt Wilhelm S. beispielsweise erklärte: „Bei den unterirdischen Verlagerungen, bei denen im großen Stil ausländische Arbeiter und Insassen von Konzentrationslagern als Arbeitskräfte unter Tage eingesetzt wurden, ermöglichte es ihm [Hettlage] seine persönliche Bekanntschaft mit dem Chefarzt der OT zu bewirken, dass die Arbeiter nicht

⁹⁸ Ebenda, Lebenslauf, ohne Datum. In Hettlages Entnazifizierungsakte ist der Fragebogen nur unvollständig vorhanden. Die Seiten 3–10 fehlen, darunter die Fragen nach Beschäftigung und Einkommen. Nachdem Hettlage in seinem vollständig vorhandenen Lebenslauf die Generalbauinspektion mit keinem Wort erwähnt, wird er wohl dazu keine oder nur sehr vage Angaben auf dem Fragebogen gemacht haben und auch kein Gehalt vom GBI angegeben haben.

⁹⁹ Ebenda.

¹⁰⁰ HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum. In diesem Lebenslauf erwähnt Hettlage auch keine Tätigkeit als „Finanzberater“ Speers vor Ende 1942. Ein vager Hinweis darauf findet sich in den Angaben seiner Sekretärin, in: Ebenda, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948.

¹⁰¹ Ebenda, Fragebogen, S. 11. Hettlage reiste im Auftrag Speers 1940 nach Jugoslawien, 1941 nach Ungarn und 1942 nach Spanien. BA Koblenz, N 1318/74, Reisetagebuch Rudolf Wolters, 4. 10. 1940 u. 20. 9. 1941, und N 1318/2, 19. 10. 1942. Im April 1944 rief Speer seine engsten Mitarbeiter zu sich nach Meran, wo er sich von einer längeren Krankheit erholte; ebenda, N 1318/5, 23. 4. 1944.

¹⁰² HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948.

¹⁰³ Ebenda, Einzelfälle meines aktiven und passiven Widerstandes gegen das Nazisystem, ohne Datum.

mehr unter Tage leben mussten und auch sonst menschenwürdig behandelt wurden.¹⁰⁴ Hettlage selbst erwähnte dies nicht, sondern erklärte an anderer Stelle: „Ich habe natürlich davon gewusst, dass es in Deutschland Konzentrationslager gab. Die bekanntesten waren mir auch dem Namen nach bekannt. Ich meine hierbei die Lager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau. [...] Weiter war mir bekannt, dass die KL von der SS bewacht wurden, sowie dass die KL Wirtschaftsunternehmen unterhielten, deren Ertrag der SS zugute kam. Es war mir u. a. bekannt, dass die Ziegelsteine, die in Berlin zum Hausbau verwendet wurden, zum Teil aus einer Ziegelei kamen, die in der Nähe des KL Oranienburg lag und in der Häftlinge beschäftigt wurden. Dass das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS in Berlin für alle Wirtschaftsfragen der KL die Zentrale war, das wusste ich nicht. Es war mir auch unbekannt, wie die Lagerinsassen behandelt wurden.“¹⁰⁵

Kurz nach dem Abschluss der Entnazifizierung in Bonn-Bad Godesberg im Juli 1948 begann beim Spruchgericht Bielefeld ein zweites Verfahren gegen Hettlage wegen seiner SS-Mitgliedschaft. Die britischen Besatzungsbehörden ließen gegen alle Mitglieder einer in Nürnberg als verbrecherisch erklärten Organisation, die in der britischen Zone lebten, ein Spruchkammerverfahren durchführen¹⁰⁶. Hettlages SS-Mitgliedschaft wurde schließlich als bloßer SS-Ehrendienststrang bewertet, der mit seinem Ausscheiden als Stadtkämmerer 1939 erloschen sei, und das Verfahren im November 1948 vom Spruchgericht Bielefeld eingestellt¹⁰⁷.

Als Hettlage sich 1948 der Entnazifizierung stellen musste, war der Prozess in der britischen Zone chaotisch und unübersichtlich geworden; obendrein stand er kurz vor dem Abschluss. Bereits ein Jahr zuvor war die Zuständigkeit dafür fast ganz in deutsche Hände übergegangen¹⁰⁸. Hettlage profitierte davon¹⁰⁹, wie ihm auch zugute kam, dass er Gutachten von angesehenen Persönlichkeiten vorweisen und seine Kontakte zu Goerdeler wirkungsvoll präsentieren konnte. In Wahrheit spielte Hettlage aber im Goerdeler-Kreis keine größere Rolle – zumindest in der Literatur zu Goerdeler und zum 20. Juli bleibt er unerwähnt¹¹⁰. Goerdeler

¹⁰⁴ Ebenda, Eidesstattliche Erklärung Dr. Wilhelm S., 1. 3. 1948.

¹⁰⁵ BA Koblenz, Z 42 IV/3756, Spruchgericht Bielefeld, Ermittlungssache gegen Dr. Karl Hettlage, Vernehmung, 19. 10. 1948.

¹⁰⁶ Siehe hierzu Heiner Wember, Entnazifizierung nach 1945: Die deutschen Spruchgerichte in der britischen Zone, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 405–426, hier S. 405–410.

¹⁰⁷ LA Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11536, Spruchgericht Bielefeld, Einstellung des Verfahrens, 18. 11. 1948. Zur Beurteilung von sogenannten „Ehrenrängen“ durch die Spruchgerichte siehe auch Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991, S. 308–310.

¹⁰⁸ Vgl. Clemens Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–49, München 1991, S. 30 f.; Jörg Krämer, Das Verhältnis der politischen Parteien zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt a. M. 2001, S. 313–361.

¹⁰⁹ Vgl. Wember, Umerziehung, S. 345.

¹¹⁰ Vgl. Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, hrsg. von Sabine Gillmann und Hans Mommsen, 2 Bde, München 2003; Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964; Daniela Rüther, Der Widerstand des 20. Juli auf dem

hatte aber nach seiner Verhaftung lediglich ausgesagt, seinem Bekannten, dem Freiburger Volkswissenschaftler und Niemöller-Vertrauten, Constantin von Dietze, nahe gelegt zu haben, „über Professor Hettlage an Reichsminister Speer heranzutreten, um Reichsminister Speer seine Meinung über die Kriegslage vorzutragen“¹¹¹. Diese Aussage zog wahrscheinlich Hettlages vorübergehende Verhaftung nach sich. Ob Dietze diesem Rat gefolgt ist, konnte nicht geklärt werden. Die Aussage lässt jedoch den Schluss zu, dass Goerdeler Hettlage gut kannte und ihm vertraute. Offenbar hatte er Hettlage nach einem erfolgreichen Putsch für eine Stelle im Finanzministerium vorgesehen¹¹². Hettlages Chef war allerdings ebenfalls auf den berühmten Namenslisten der Verschwörer zu finden¹¹³. Speer setzte sich nach dem fehlgeschlagenen Attentat für die Freilassung von Freunden ein, die verhaftet worden waren, und auch Hettlage kam bald wieder frei¹¹⁴. Einer erneuten Verhaftung kurz vor Kriegsende konnte er sich nach eigenen Angaben durch Untertauchen entziehen¹¹⁵. 1963 verfasste er einen Aufsatz über Popitz, der in dem Band „Männer der deutschen Verwaltung“ erschien. Darin beschrieb Hettlage noch einmal seine Treffen mit Popitz und Goerdeler vor und während des Krieges¹¹⁶.

Weg in die soziale Marktwirtschaft, Paderborn 2003; Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1979; Gustav von Harnack (Hrsg.), Ernst von Harnack. Jahre des Widerstands, 1932–45, Pfullingen 1989; Gerd Ueberschär, Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat, Frankfurt a. M. 2005; Für Deutschland. Die Männer des 20. Juli, hrsg. von Klemens von Klemperer, Enrico Syring und Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M. 1993; Kurt Finker, Der 20. Juli 1944, Berlin 1994; Klaus Scholder (Hrsg.), Die Mittwochs-Gesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944, Berlin 1982.

¹¹¹ Hans Adolf Jacobsen, „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, Stuttgart 1984, S. 433. Dort fehlerhaft als Walter Hettlage verzeichnet; BA Berlin, NS 6/14, Kaltenbrunner an Bormann, 2. 10. 1944.

¹¹² HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Einzelfälle meines aktiven und passiven Widerstandes gegen das Nazisystem, ohne Datum; ebenda, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948. Um eine Spitzenposition hat es sich dabei nicht gehandelt, jedenfalls taucht Hettlages Name bei den SD Ermittlungen zu den Regierungslisten nicht auf. BA Berlin, NS 6/5 Kaltenbrunner an Bormann, 26. 7. u. 27. 7. 1944.

¹¹³ Vgl. Schmidt, Speer, S. 123.

¹¹⁴ Vgl. Fest, Speer, S. 308, und Janssen, Ministerium, S. 270.

¹¹⁵ Charlotte S. behauptete in ihrer eidesstattlichen Erklärung, in: HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage: „In der letzten Zeit des Krieges hielt sich Herr H. auf einem Landgut in der Prov. Brandenburg versteckt. Er wurde in Berlin von der Gestapo gesucht.“ Rudolf Wolters berichtet allerdings, am 8. 4. 1945 einen sehr gut informierten Professor Hettlage in Berlin angetroffen zu haben: „Gestern gegen 19.00 in Berlin bei Speer. [...] Hettlage, den ich zufällig traf, erzählte mir von dem gescheiterten Gespräch mit Amerika, über Schweden, und von der neuen Fühlungnahme mit Russland, die Schnurre unternehme. Speer habe ihm dazu einige Tipps gegeben.“ BA Koblenz, N 1318/60, Lebensabschnitte, S. 365.

¹¹⁶ Vgl. Karl Maria Hettlage, Johannes Popitz, in: Männer der deutschen Verwaltung, Köln 1963, S. 329–347, hier S. 340, Anm. 17, u. S. 346. Der Band (ohne Einleitung, Schluss oder Herausgeber) enthält 23 Essays zu Persönlichkeiten in der Verwaltung, die überwiegend von Universitätsprofessoren und Verwaltungsbeamten verfasst sind.

Der „Widerstand“ gegen das nationalsozialistische Regime spielte – wie in vielen anderen Fällen auch – in Hettlages Selbstdarstellung eine unangemessen große Rolle, bestätigt aber den Gesamteindruck, dass es sich bei Hettlage keineswegs um einen überzeugten Nationalsozialisten handelte. Er war kein NSDAP-Mitglied, blieb praktizierender Katholik, unterhielt Kontakte zum Goerdeler-Kreis und half, jüdische Bekannte vor Verfolgung zu schützen. Die Frage nach den Motiven muss sich daher auf andere Aspekte konzentrieren. Dem jungen Stadtkämmerer mag eine Stelle bei Speer, der sich so offensichtlich Hitlers Gunst erfreute, reizvoll und vielversprechend für seinen weiteren beruflichen Werdegang erschienen sein. Speer beschäftigte ein sehr junges unkonventionelles Team, das Einsatzfreude und Aufbruchstimmung versprühte¹¹⁷. Die Positionen bei Speer waren außerordentlich gut bezahlt¹¹⁸, und Speer scheint „seinen Mitarbeitern das Gefühl vermittelt zu haben, einer Elite anzugehören, die sich in einem privilegierten Freiraum bewegte, in dem man sich vom Geschehen ringsum selbstbewusst distanzieren zu können meinte“¹¹⁹. Hettlage hat sich dazu leider nie geäußert. Von ihm selbst wissen wir nur, dass er von Speer fasziniert war: „I must say that he interested me very much“, erzählte er Gitta Sereny, „in the final analysis there was no one in Germany of his caliber; he was what I would call a ‘psychic’ [intuitive], organizer, a very special gift which went far beyond architecture or any specialty. And I suppose one must say that it was very perceptive of Hitler to recognize this talent so early.“¹²⁰

Beruflicher Neubeginn

Nach Kriegsende blieb Hettlage in Kontakt mit Speer und Rudolf Wolters, Speers altem Studienfreund, der als ehemaliger Direktor des Hauptamtes I im Speerministerium¹²¹ fungiert und 1943 eine hagiografische Speerbiografie geschrieben hatte. Hettlage und Wolters halfen ihrem inhaftierten Chef in rechtlichen Angelegenheiten wie Erbstreitigkeiten¹²². Hettlage sandte zudem kleine Geschenke nach Spandau, und Speer bat Hettlage, seine Beziehungen zur Volkswagenstiftung für ein Doktorandenstipendium für seinen Sohn Arnold spielen zu lassen¹²³. Hettlage half Speer auch, einen Teil seiner Kunstsammlung wieder zu erlangen, die bei ehemaligen Freunden Speers versteckt worden war¹²⁴.

¹¹⁷ Vgl. Werner Durth, *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970*, Braunschweig 1986, S. 136–138.

¹¹⁸ Vgl. Fest, *Speer*, S. 96; Willems, *Jude*, S. 31 f.; Durth, *Architekten*, S. 136.

¹¹⁹ Ebenda, S. 137.

¹²⁰ Sereny, *Speer*, S. 157, (Klammer im Original).

¹²¹ Vgl. Rudolf Wolters, *Albert Speer*, Oldenburg 1943.

¹²² BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/104, Wolters an Hettlage, 30. 7. 1952.

¹²³ Ebenda, N1340/27, Speer an Hettlage, 17. 5. 1967.

¹²⁴ In den letzten Kriegstagen hatte Hettlage Speer geholfen, die Gemälde in Sicherheit vor der heranrückenden Roten Armee zu bringen. Hettlage veranlasste ihre Verbringung von Sigrön nach Hamburg, wo er sie im Safe der Commerzbank lagern ließ. Von dort wurden sie zu Bekannten Speers, der Familie Frank, gebracht. Robert Frank behauptete dann als Speer in Spandau war, dass es sich bei den Gemälden um ein Geschenk der Speers gehandelt hätte und verweigerte die

Überhaupt muss gesagt werden, dass Speers Mitarbeiter nach 1945 rasch wieder auf die Beine kamen und dass die alten Netzwerke bald wieder funktionierten. Wolters beispielsweise gelang es, einige lukrative Bauaufträge in seiner Heimatstadt Coesfeld zu erhalten. Speer hatte in seinem Ministerium bereits im Dezember 1943 einen „Arbeitsstab für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“ ins Leben gerufen und sich dabei von der Annahme leiten lassen, dass nach dem Krieg seine Erfahrungen und die seines Stabes gefragt sein würden¹²⁵. Zunächst waren nur die engsten Mitarbeiter Speers, also Wolters, Hettlage und Willy Liebel, in das Projekt Arbeitsstab Wiederaufbau eingeweiht, das von Wolters geleitet wurde¹²⁶. Anfang 1945 beauftragte Speer Wolters, das „Nachkriegsbüro Speer“ einzurichten, und Wolters gewann den ihm bekannten Ingenieur Heinrich Lübke zur Mitarbeit¹²⁷, der seit September 1939 für das Architekturbüro Walter Schlempp gearbeitet hatte. Schlempp und sein Team waren als Baugruppe Schlempp zum GBI dienstverpflichtet¹²⁸, ab 1942 arbeitete die Baugruppe für das Rüstungsministerium¹²⁹. Lübke war in UK-Stellung mit dem Aufbau der Heeresversuchsanstalt für Raketen und Abschussanlagen in Peenemünde beschäftigt. Das Verhältnis zwischen Wolters und Lübke verschlechterte sich jedoch im Laufe des Jahres 1945, da offenbar beide die Führungsrolle im „Nachkriegsbüro Speer“ beanspruchten¹³⁰. Aus diesem gingen schließlich das Baubüro Lübke in Höxter und das Architekturbüro Wolters in Coesfeld hervor, in dem Hettlage als Finanz- und Rechtsberater fungierte¹³¹. Als Wolters zusammen mit Friedrich Tamms, einem Studienfreund von Speer und Wolters und ehemaligen GBI-Mitarbeiter, einen Großauftrag zum Wiederaufbau der Stadt Düsseldorf erhielt, hagelte es Kritik an der extravaganten Planung. Sogar der Verdacht wurde laut, die Kosten seien absichtlich zu niedrig kalkuliert worden, um Stadtverwaltung und Öffentlichkeit über die finanziellen Verpflichtungen zu täuschen¹³². In dieser Situation trat Karl Hettlage als unabhängiger Gutachter auf den Plan, der bestätigte, dass die finanziellen Kalkulationen „unanfechtbar“ seien¹³³.

Rückgabe. 1980 erzwang Hettlage die Rückgabe eines Teils der Sammlung mit rechtlichen Mitteln. BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/95, Schütz an Hettlage, 15. 12. 1952, Hettlage an Schütz, 15. 2. 1953, Frank an Freiberger 22. 4. 1954, Memorandum Speer, ohne Datum, und Hettlage an Oppenhoff, 22. 2. 1980. Siehe hierzu auch Breloer, Akte, S. 418 f. Zu Speer als Kunstsammler vgl. Jonathan Petropoulos, *Art as Politics in the Third Reich*, Chapel Hill 1996, S. 233–237.

¹²⁵ Vgl. Durth, *Architekten*, S. 202–209.

¹²⁶ Vgl. ebenda, S. 209.

¹²⁷ Ebenda, S. 240.

¹²⁸ Vgl. Rudolf Morsey, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn 1996, S. 122.

¹²⁹ Vgl. ebenda.

¹³⁰ Vgl. Morsey, Lübke, S. 136 f. Hinzu kam, dass Lübke Wolters für einen „unverbesserlichen Nazi“ und Wolters Lübke „für einen ebensolchen Sozi, einen von der ‚schwarzen‘ Sorte“ hielt, zit. nach ebenda, S. 135. Das hat Lübke offenbar nicht davon abgehalten, Wolters bei der Entnazifizierung behilflich zu sein. Vgl. ebenda, S. 136.

¹³¹ Vgl. Durth, *Architekten*, S. 259. Karl Wolters, Rudolf Wolters Onkel, war Bürgermeister von Coesfeld, in: Ebenda.

¹³² Vgl. ebenda, S. 282.

¹³³ Ebenda, S. 282; vgl. auch Jaskot, *Architecture*, S. 146.

Hettlage und Lübke kannten sich schon aus der gemeinsamen Zeit als Abgeordnete der Zentrumsparlei im preußischen Landtag¹³⁴. Bei der Baugruppe Schlempp war Lübke für die finanzielle Abrechnung mit dem GBI und dem Rüstungsministerium zuständig, was angesichts seiner Bekanntschaft mit Hettlage sicher kein Zufall war. Hettlage hatte die Baugruppe Schlempp dann auch besonders im Blick: „Auf Initiative Hettlages erhielt die Baugruppe Schlempp Anfang Juni 1944 in Anerkennung ihrer für das ‚Bauvorhaben Peenemünde‘ unter ‚besonders schwierigen Verhältnissen‘ geleisteten, nunmehr abgeschlossenen Arbeit ein Sonderhonorar in Höhe von 200.000 RM überwiesen, die Hälfte davon für Schlempp, die andere Hälfte zur Verteilung an seine Mitarbeiter.“¹³⁵ Lübke konnte sich für den Gefallen bald revanchieren. 1948 schrieb er, inzwischen Minister für Ernährung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, ein positives Gutachten für Hettlages Entnazifizierungsverfahren¹³⁶.

Andere Kontakte erwiesen sich ebenfalls als nützlich. 1948 riet Hugo Mönnig, ehemaliger Vorsitzender des Zentrums im Rheinland, Konrad Adenauer, Karl Hettlage als Finanzberater zu engagieren¹³⁷. Mönnig hatte ebenfalls ein Gutachten für Hettlages Entnazifizierungsverfahren beigesteuert¹³⁸. Adenauer und Hettlage kannten sich aus der Stadtverwaltung Köln, in die Adenauer den jungen Juristen geholt hatte. Ein loser Kontakt blieb über Dannie Heineman und Hjalmar Schacht offenbar auch während des Dritten Reiches bestehen¹³⁹. Adenauer hatte dennoch Bedenken, die Mönnig auszuräumen versuchte. Im Juli 1948 schrieb er an Adenauer: „Bei Ihrem letzten Hiersein sprachen wir u. a. auch von Herrn Professor Dr. Hettlage. Sie waren der Meinung, er sei Pg und Mitglied der SS gewesen, was ich damals direkt verneinte. Inzwischen ist das Entnazifizierungsverfahren durchgeführt, und die Bonner Kommission hat ihn in die Kategorie ‚nicht betroffen‘ einstufen müssen. Man hat sogar die Kosten des Verfahrens mit der Begründung niedergeschlagen, weil er aktiv in der Widerstandsbewegung tätig gewesen sei. [...] Ich möchte Sie nochmals auf Hettlage aufmerksam machen, weil er ein Mann von ganz ungewöhnlichem Können ist. [...] Hettlage wird jetzt seine Stellung als 1. Vorstandsmitglied der Commerzbank in Hamburg antreten. Ich bin aber der Meinung, dass bei den wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die hier im Westen jetzt der Lösung harren, man an einem Manne wie Hettlage nicht vorbeigehen sollte.“¹⁴⁰

¹³⁴ Vgl. Morsey, Lübke, S. 126.

¹³⁵ Ebenda, S. 126.

¹³⁶ HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Bescheinigung. Betr.: Politische Haltung des Professor Dr. Karl Maria Hettlage in der Zeit von 1933–45, 3. 5. 1948.

¹³⁷ Vgl. Adenauer, Briefe, 1947–49, Rhöndorfer Ausgabe, Bd. 1/2, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1984, S. 651.

¹³⁸ HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Erklärung Justizrat Hugo Mönnig, 1. 5. 1948.

¹³⁹ Vgl. Adenauer im Dritten Reich, Rhöndorfer Ausgabe, Bd. 4, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1991, S. 321 u. S. 626 f.

¹⁴⁰ Stiftung Bundeskanzler Adenauer Haus, I 07.22, Bl. 240, Mönnig an Adenauer, 30. 7. 1948.

Adenauer stimmte daraufhin einer Unterredung mit Hettlage zu¹⁴¹, und 1949 beauftragte er ihn mit der Erstellung eines Gutachtens zum Thema Sparpolitik und Kapitalbildung¹⁴². Allerdings führte dieser Kontakt offenbar nicht zu einer weiteren Zusammenarbeit: Ob Adenauer Distanz wahren wollte oder ob Hettlage eine berufliche Offerte Adenauers ausschlug, wissen wir nicht. Klar ist aber: Die erfolgreiche Entnazifizierung, alte Kontakte sowie Hettlages außerordentliche Fachkenntnisse ebneten den Weg zur Fortsetzung der beruflichen Karriere. Die Commerzbank sah keinen Grund zur Unzufriedenheit mit Hettlages Leistungen und machte 1948 den Anfang – Universitäten und Regierung folgten. 1949 wurde Hettlage außerordentlicher Professor an der Universität Bonn und 1951 auf einen Lehrstuhl für Rechtswissenschaften an die Universität Mainz berufen.

Erneute Entnazifizierung

1951 musste sich Hettlage erneut einem Spruchgericht stellen. In Westberlin wurde ein Sühneverfahren gegen ihn eröffnet. Diese späte Entnazifizierung, eine Berliner Besonderheit, richtete sich vor allem gegen Personen, die in Berlin lebten oder Vermögen in Berlin hatten und im Verdacht besonderer Belastung standen¹⁴³. Hettlage hatte Grundbesitz in Berlin und sich trotz seines Wegzugs aus Berlin dort nie abgemeldet. Er sandte eine Kopie seines Bonner Entnazifizierungsbescheids nach Berlin, aber die Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf ließ sich dadurch nicht beeindrucken und eröffnete ein Sühneverfahren gegen Hettlage als ehemaliges Mitglied der SS, der Akademie für deutsches Recht sowie einer Freikorpsseinheit (1922–25)¹⁴⁴. Hettlage betonte dabei erneut, dass seine SS-Mitgliedschaft beim Stabe Hauptamt SS (Nr. 276909) nur zeitweilig und ehrenhalber bestanden habe, der SS-Ehrenrang ihm in seiner Eigenschaft als Stadtkämmerer auf Veranlassung des Oberbürgermeisters verliehen worden sei und 1939 geendet habe¹⁴⁵. Die SS verlieh diese Art von Ehrenrängen tatsächlich an höhere Beamte. Trotzdem bleiben in diesem Fall einige Fragen: Auf seiner SS-Stammkarte ist Hettlage bis Juni 1941 als Mitglied geführt. Vermerkt ist dort auch der Besitz eines SA-Sportabzeichens sowie eines Julleuchters, der üblicherweise von Himmler an verdiente SS-Mitglieder vergeben wurde. Diese Julleuchter mussten bei Verstößen gegen die Grundsätze der SS zurückgegeben werden – eine Rückgabe von Hettlages Julleuchter ist jedoch nicht vermerkt, und Hettlage selbst hat später weder den Besitz noch eine Rückgabe je erwähnt.

¹⁴¹ Ebenda, I 07.22, Bl. 239, Adenauer an Mönning, 2. 8. 1948.

¹⁴² Vgl. Adenauer, Briefe, 1947–49, S. 416 u. S. 651. Adenauer sandte das Gutachten an Robert Pferdemenges. Weitere Korrespondenz scheint sich in dieser Angelegenheit nicht ergeben zu haben.

¹⁴³ Zum Berliner Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung vom 14. 6. 1951 vgl. Stefan Botor, Das Berliner Sühneverfahren. Die letzte Phase der Entnazifizierung, Frankfurt a. M. 2005, S. 100–141. So wurde z. B. auch gegen Werner Best ein Verfahren in Berlin eröffnet. Vgl. Herbert, Best, S. 488 f.

¹⁴⁴ LA Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11536, Spruchkammer Berlin, Eröffnung eines Sühneverfahrens, 11. 3. 1955.

¹⁴⁵ Ebenda, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 31. 3. 1955.

Die Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf wusste auch von Hettlages Freikorpsmitgliedschaft. „Das sog. ‚Freikorps Westfalen‘“, so Hettlage, „war eine von der Preußischen Staatsregierung unter Innenminister Severing gebildete Studentenformation an der Universität Münster für den politischen Kampf gegen die KPD während der Unruhen im Ruhrgebiet.“¹⁴⁶ Auf Hettlages SS-Stammkarte war aber keine Mitgliedschaft in einem „Freikorps Westfalen“ (eine Formation mit diesem Namen scheint es auch nicht gegeben zu haben), sondern beim „Westfalen-Treubund“ verzeichnet, dessen republikfeindliche Aktivitäten bereits beschrieben worden sind. Auch hier wurde also der Lebenslauf retuschiert.

Die Sorge, 10 Jahre nach Kriegsende noch einmal und diesmal vielleicht sogar genauer unter die Lupe genommen zu werden, ist in Hettlages Korrespondenz mit der Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf deutlich spürbar. Hettlage stellte sich als Mitglied des Widerstands dar, das sich nun einer zweiten Verfolgung ausgesetzt sah: „Ich möchte mir versagen, die Empfindungen auszudrücken, die alles dies heute nach rund 20 Jahren und nach zweimaliger rechtskräftiger Feststellung über mein einwandfreies und gegnerisches Verhalten in den damaligen dunklen Zeiten bei mir auslösen muss.“¹⁴⁷ Ein verständnisvoller Vorsitzender bot Hettlage schließlich die Einstellung des Verfahrens und die Gelegenheit einer öffentlichen Anhörung an, um Hettlage vollständig zu rehabilitieren¹⁴⁸. Hettlage wollte aber keine Aufmerksamkeit und entschied sich für die nichtöffentliche Einstellung des Sühneverfahrens, womit das Kapitel Entnazifizierung endgültig abgeschlossen war.

3. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium: Hettlage und die Wiedergutmachung

Im Mai 1956 holte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, den Mainzer Professor als stellvertretenden Finanzminister in seine Regierung. Zwei Jahre später ernannte Franz Etzel Hettlage zum Leiter der Haushaltsabteilung des Bundesministeriums der Finanzen¹⁴⁹. Schon ein Jahr später wurde er als Nachfolger von Alfred Hartmann Staatssekretär in Etzels Ministerium. Sein Ausscheiden aus diesem Amt im Jahr 1962 war die Folge von Differenzen mit dem neuen Finanzminister Heinz Starke, der Hettlage die Rolle des „heimlichen Ministers“¹⁵⁰ nicht zugestand. Hettlage wurde daraufhin zur Montanunion abgeschoben, 1967 holte ihn Franz Josef Strauß für zwei Jahre in das Ministerium zurück.

In seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium war Hettlage auch mit der Wiedergutmachung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung befasst. In seine Amtszeit fielen vor allem die seit 1956 laufenden Verhand-

¹⁴⁶ Ebenda, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 6. 2. 1955.

¹⁴⁷ Ebenda, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 31. 3. 1955.

¹⁴⁸ Ebenda, Hardtke an Hettlage, 18. 8. 1955.

¹⁴⁹ Vgl. Vogel, Nachruf, S. 632.

¹⁵⁰ „Zehn Minuten raus“, in: Der Spiegel vom 24. 10. 1962, S. 28.

lungen über eine Reihe von Wiedergutmachungsabkommen mit westeuropäischen Staaten.

Die Wiedergutmachung in den 1950er Jahren

Bundeskanzler Adenauer, der die internationale Bedeutung der Wiedergutmachung durchaus erkannte, hatte sich schon 1952 für den Abschluss des Luxemburger Abkommens mit Israel eingesetzt. Auch wenn seine Unterstützung in den Verhandlungen mit den westeuropäischen Staaten zu wünschen übrig ließ, war gerade er es, der mehrmals der Blockadepolitik des Finanzministeriums ein Ende bereitete und dem Auswärtigen Amt auf der Suche nach Kompromissen mit den ausländischen Verhandlungspartnern den Rücken stärkte. Adenauers Zurückhaltung in der Wiedergutmachungspolitik nach Abschluss des Luxemburger Abkommens hatte wesentlich mit der mangelnden Unterstützung in der westdeutschen Bevölkerung zu tun. Die Wiedergutmachung war nicht populär, und gerade seit dem Vertrag mit Israel herrschte die Meinung vor, „es sei schon viel – nicht wenige meinten *zu viel*“¹⁵¹, getan worden. Dies hatte zur Folge, dass Wiedergutmachung, wenn nicht gerade heimlich, so mit einem Minimum an öffentlicher Transparenz geleistet wurde.

Wiedergutmachung war, um das Mindeste zu sagen, auch in der CDU/CSU nicht unumstritten. Im Einklang mit der Stimmung in der Bevölkerung, engagierte man sich dort erheblich mehr für die Bedürfnisse deutscher Kriegsoffer¹⁵². Finanzminister Fritz Schäffer geriet mit seinen Tiraden gegen die Wiedergutmachung immer wieder in die Schlagzeilen. Dabei ließ er sich nicht ausschließlich von fiskalischen Erwägungen, sondern mitunter auch von „antisemitischen Stereotypen“¹⁵³ leiten. Für Franz Josef Strauß war schon der westdeutsche Verteidigungsbeitrag eine angemessene Form der deutschen Wiedergutmachung¹⁵⁴. Einer der wenigen in der CDU, die Wiedergutmachung als moralische Pflicht befürworteten, war der Juraprofessor und Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses im Bundestag, Franz Böhm. Ähnliches galt für die FDP, in der Hans Reif, ebenfalls Mitglied des Wiedergutmachungsausschusses, und Bundespräsident Heuss die einsamen Rufer für die Wiedergutmachung waren¹⁵⁵. Anders lagen die Dinge bei der SPD, die sich für Wiedergutmachung einsetzte und sie im Bundestag überhaupt mehrheitsfähig machte. Adenauer brauchte die Stimmen der SPD-Abgeordneten, um das Luxemburger Abkommen

¹⁵¹ Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 80 (kursiv im Original).

¹⁵² Vgl. Constantin Goschler, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005, S. 137.

¹⁵³ Ebenda, S. 140. Zur Debatte um Schäffer und die Wiedergutmachung siehe auch Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 69, und Yeshayahu Jelinek, Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 211.

¹⁵⁴ Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, BW1, Rede von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, 16. 1. 1961.

¹⁵⁵ Vgl. Goschler, Schuld, S. 143.

zu ratifizieren, wobei die SPD „einen großen Abstand zu ihrer Wählerschaft in Kauf nahm“¹⁵⁶. Bei der Verabschiedung des ersten Bundesentschädigungsgesetzes 1953 – das Schäffer lange blockiert hatte – bestand die CDU/CSU-Fraktion darauf, gleichzeitig ein Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz zu beschließen¹⁵⁷. Es war nicht das erste Mal, dass diese Art von „Koppelungsgeschäft“¹⁵⁸ nötig war, um Wiedergutmachungsgesetze über die parlamentarischen Hürden zu bringen. 1956 wurde das überarbeitete Bundesentschädigungsgesetz allerdings einstimmig im Bundestag angenommen.

Wiedergutmachungspolitik im Auswärtigen Amt und im Bundesfinanzministerium

Die internationalen Verhandlungen über Wiedergutmachung wurden zwischen 1956 und 1964 vom Auswärtigen Amt (AA) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) geführt. 1956 hatten acht Staaten in einer gemeinsamen Demarche von Bonn finanzielle Entschädigung für ihre Opfer des Nationalsozialismus gefordert¹⁵⁹. Diese Initiative erfolgte als Reaktion auf die Verabschiedung des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956, das trotz internationaler Proteste keine Bestimmungen zur Wiedergutmachung für ausländische Opfer des Nationalsozialismus enthielt. In Bonn hatte man sich an die aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 resultierende Rechtslage geklammert, nach der die Wiedergutmachung für ausländische Verfolgte als Bestandteil von Reparationen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland vertragt war¹⁶⁰. Diese Abwehrhaltung wurde nach der Acht-Mächte-Demarche aufgegeben. Zwischen 1958 und 1964 verhandelte die Bundesregierung über den Abschluss von insgesamt elf Wiedergutmachungsabkommen, nachdem sich drei weitere Staaten der ursprünglichen Initiative angeschlossen hatten. Zwei andere Abkommen fielen ebenfalls in diesen Zeitraum: der Finanz- und Ausgleichsvertrag mit Österreich sowie die Einrichtung eines UN-Fonds für staatenlose Opfer nationalsozialistischer Verfolgung¹⁶¹.

¹⁵⁶ Hans Günter Hockerts, Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz, 1945–2000, in: VfZ 49 (2001), S. 167–214, hier S. 180. Die SPD stimmte geschlossen für das Abkommen. Siehe auch Jelinek, Israel, S. 247.

¹⁵⁷ Vgl. Goschler, Schuld, S. 189.

¹⁵⁸ Constantin Goschler, Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus, (1945–1954), München 1992, S. 235; siehe auch Hockerts, Historische Bilanz, S. 176 f.

¹⁵⁹ Siehe Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen.

¹⁶⁰ Einzelheiten bei Hans Günter Hockerts, Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 7–58, hier S. 14–19.

¹⁶¹ Zum Finanz- und Ausgleichsvertrag (auch als Bad Kreuznacher Abkommen bekannt) vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung: Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, München 2003, S. 473–526. Zur Einrichtung des UN Fonds vgl. Susanna Schrafstetter, 'What about paying BRITISH victims of Nazi hell camps?' Die Entschädigungsfrage in den deutsch-britischen Beziehungen, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 568–629, hier S. 593–601.

Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) wurde 1956 auf einer Norwegenreise für die Anliegen ausländischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung sensibilisiert¹⁶². Er befürwortete daraufhin Verhandlungen mit den westeuropäischen Nachbarn, die auf freiwillige Zahlungen der Bundesrepublik hinauslaufen sollten, wollte aber den Rechtsstandpunkt, dass die Bundesrepublik zu keinerlei Wiedergutmachung verpflichtet sei, gewahrt wissen. Außerdem sollten bestimmte Opfergruppen wie vor allem die Widerstandskämpfer, die man nicht als Opfer spezifisch nationalsozialistischer Verfolgung ansah, explizit von Leistungen ausgeschlossen werden. Im Auswärtigen Amt war man also keineswegs durchgängig „entschädigungsfreundlich“ eingestellt, aber im Großen und Ganzen doch bemüht, mit den verschiedenen Vertretern der Demarchestaaten tragfähige Kompromisse zu erarbeiten. Dabei erwarb sich der Leiter der Rechtsabteilung, Friedrich Janz, mit seinem „diplomatischen Einfühlungsvermögen“¹⁶³ besondere Verdienste.

Finanzminister Etzel hingegen verfolgte in Sachen Wiedergutmachung eine konstante Abwehrstrategie und setzte damit die Politik seines Vorgängers Fritz Schäffer (allerdings weniger geräuschvoll) fort. Etzel überließ die Federführung oft seinem Staatssekretär, dem „heimlichen Minister“¹⁶⁴, Karl Hettlage und einigen besonders kundigen Beamten. Hier ist vor allem der Experte für Wiedergutmachungsfragen Ernst Féaux de la Croix zu nennen. Der promovierte Jurist und Volkswirt war von 1934 bis 1945 in der völkerrechtlichen Abteilung des Reichsjustizministeriums tätig und wie Hettlage ehemaliges Mitglied der Akademie für deutsches Recht und des NS-Rechtswahrerbunds¹⁶⁵ gewesen. Außerdem hatte er der SA und seit Mai 1933 der NSDAP angehört. 1938 hatte er eine rassistische Denkschrift für die Akademie für deutsches Recht mitverfasst¹⁶⁶. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst als Steuerberater, seit 1949 war er Ministerialdirektor im BMF.

Natürlich war klar, dass das BMF im „Spannungsfeld zwischen dem rechtlich-finanziell Möglichen einerseits und dem moralisch-politisch Erwünschten andererseits“¹⁶⁷ den Finanzen Priorität einräumte. Im Finanzministerium erinnerte man permanent an die Kosten der Wiedergutmachung, wobei man auch dort auf die Gefahr hinwies, rechtliche Präzedenzfälle zu schaffen, die nur weitere Forderungen nach sich ziehen würden. Insbesondere Ansprüche aus Osteuropa (die finanziell weit über den westeuropäischen liegen würden) wollte man abwehren.

Doch wie stichhaltig war das Argument der exorbitanten Kosten tatsächlich? Statistiken des BMF über Kriegsforgelasten von 1948 bis 1963 zeigen, dass die

¹⁶² Details bei Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 63–68.

¹⁶³ Claudia Moisel, Pragmatischer Formelkompromiss: Das deutsch-französische Globalabkommen von 1960, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 242–284, hier S. 260.

¹⁶⁴ „Zehn Minuten raus“, in: Der Spiegel vom 24. 10. 1962, S. 28.

¹⁶⁵ Vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 145.

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 68.

Leistungen für die Wiedergutmachung deutlich unter den Ausgaben für die Versorgung deutscher Kriegsofopfer lagen und nur einen Bruchteil aller als Kriegsfolgelasten (Lastenausgleich, Kriegsofopferversorgung, Wohnungsbau, Londoner Schuldenabkommen, Wiederaufbau) deklarierten Kosten ausmachten¹⁶⁸. Man wusste also im BMF, dass das immer wieder beschworene Schreckensszenario eines durch die Wiedergutmachung verursachten Staatsbankrotts eine Übertreibung war. Natürlich handelte es sich insgesamt um stattliche Summen, gerade wenn man die Wahrscheinlichkeit künftiger Forderungen einkalkulierte, aber sie waren bezahlbar und insgesamt geringer als die Ausgaben für deutsche Kriegsofopfer. Viele der Zahlen, die im Zusammenhang mit Wiedergutmachung genannt wurden, bezogen sich auch nicht nur auf die Wiedergutmachung, sondern auf eine Reihe weiterer Kriegsfolgekosten, die dann als astronomische Wiedergutmachungszahlungen ausgegeben wurden¹⁶⁹.

Daraus ergibt sich die Frage nach dem Selbstverständnis der Beamten des Finanzministeriums im Hinblick auf die Wiedergutmachung. Constantin Goschler hat es als „Belagerungssyndrom“ bezeichnet¹⁷⁰. Vor allem Féaux de la Croix verstand die Wiedergutmachung offenbar als eine Serie von feindlichen Angriffen auf die „Festung“ Bundesfinanzministerium. Für ihn ging es nicht um Opfer, denen schweres Leid zugefügt worden war, sondern um „Entschädigungsoffensiven“ und „uferlose Forderungen“¹⁷¹. Die Festung musste von einigen wenigen unermüdlichen Kämpfern gegen diese „Entschädigungsoffensiven“ der Wiedergutmachungslobby verteidigt werden. Zu ihr gehörten auch die Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, insbesondere Friedrich Janz¹⁷². Diese Sichtweise resultierte nicht zuletzt daraus, dass Wiedergutmachung und Kriegsofopferversorgung als sogenannte Kriegsfolgelasten in Konkurrenz zueinander betrachtet wurden, wobei man den Opferbegriff verwischte und die „Entschädigungsoffensiven“ als Angriffe auf „deutsche Opfer“ verstand¹⁷³. Die Festungsmentalität könnte auch mit der Erinnerung an die Reparationszahlungen der Weimarer Republik zu tun gehabt haben; die übertriebenen Szenarien eines durch maßlose Forderungen aus dem Ausland verursachten deutschen Staatsbankrotts stehen jedenfalls in direkter Kontinuität zu Deutungsmustern, die damals vorherrschten.

Darüber hinaus gab es im Finanzministerium freilich auch verbale Entgleisungen, die mehr als befremdlich anmuten. Dies geschah vor allem in der Diskus-

¹⁶⁸ BA Koblenz, B 126/51592, Kriegsfolgelasten (ohne Besatzungskosten) für die Rechnungsjahre 1948–1963, ohne Datum, sowie Kriegsfolgelasten des Bundes für die Rechnungsjahre 1950 bis 1963, Stand 15. 1. 1958. Die Zahlen für die Jahre 1958–1963 basierten auf Schätzungen.

¹⁶⁹ Ebenda, Kriegsfolgelasten (ohne Besatzungskosten) für die Rechnungsjahre 1948–1963, ohne Datum, sowie Kriegsfolgelasten des Bundes für die Rechnungsjahre 1950 bis 1963, Stand 15. 1. 1958.

¹⁷⁰ Goschler, Schuld, S. 289.

¹⁷¹ Féaux de la Croix, zit. nach ebenda, S. 270.

¹⁷² BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Etzel und Hettlage, 8. 3. 1960; ebenda, B 136/3306, Féaux an MD Merker, 27. 4. 1960.

¹⁷³ Siehe hierzu Goschler, Schuld, S. 130–132 u. S. 137.

sion um die Opfer von Zwangssterilisationen, über die sich Féaux im Wiedergutmachungsausschuss des Bundestags lustig machte¹⁷⁴. Aber auch andere Opfer wurden als „Arbeitsverweigerer“ oder „Saboteure“ verunglimpft¹⁷⁵. Etzel und Hettlage wussten von diesen Entgleisungen, wie der folgende Vermerk beweist, der auf ihrem Schreibtisch landete: „Sofern eine solche Regelung [Entschädigung für Opfer von Zwangssterilisation] nicht noch durch eine politische Initiative abgewendet werden kann, [ist] mit einer finanziellen Belastung zwischen 175 und 875 Mio. DM zu rechnen; nach Auffassung von Unterabteilung VI A werden die Ausgaben eher an der oberen Grenze dieses Rahmens liegen, da man eine Sterilisation, sofern man sie als Unrecht ansieht, schwerlich im Einzelfall mit einem kleineren Betrag (1000 DM) abgelten kann und der Ausschuss daher sicher einen höheren Betrag (bis 5000 DM) vorschlagen wird. (Personenkreis ca. 175.000) Im Falle einer Entschädigungsregelung würden etwa zwischen 44,5 bis 60%, unter Berücksichtigung möglicher früherer Fehlentscheidungen aber jedenfalls 40% der Entschädigungen an Geistesranke, Schwachsinnige und schwere Alkoholisten gezahlt werden. Dies dürfte gegenüber Verfolgten, die für immateriellen Schaden keinen Ersatz erhalten, gegenüber Personen, die sich unverschuldet durch den Krieg in echter Not befinden, und gegenüber dem Steuerzahler nicht zu verantworten sein.“¹⁷⁶ Hettlage ließ sich (zumindest schriftlich) auf dieses Niveau nicht ein. Ob er und Etzel diesen Fall zum Anlass für ein Gespräch mit dem betreffenden Beamten nahmen, wissen wir nicht.

Karl Hettlage und die Wiedergutmachung

Nach der zweijährigen Blockadepolitik seines Vorgängers Schäffer stimmte Finanzminister Etzel nach massivem Drängen von Außenminister von Brentano und Kanzler Adenauer 1958 schließlich einer „maßvollen Regelung“ der Forderungen der westeuropäischen Staaten zu, während sich Féaux de la Croix in der entscheidenden Sitzung vom 28. Oktober 1958 dafür aussprach, die Blockadepolitik fortzusetzen. Falls sich die Bundesrepublik auf Zahlungen an die Westmächte einließe, so Féaux, würden auch Forderungen aus dem Osten nicht mehr zu vermeiden sein. Hettlage hatte sich, obwohl anwesend, in die Diskussion nicht eingeschaltet¹⁷⁷. Unter den Ministerialbeamten war es meist Féaux, der die Position des BMF gegenüber dem Auswärtigen Amt vertrat. Karl Hettlage hatte als sein Vorgesetzter oft in Vertretung Etzels über die finanziellen Spielräume und die Verhandlungstaktik zu entscheiden. Zwischen den zuständigen Beamten des BMF und ihren Kollegen vom Auswärtigen Amt kam es dabei wiederholt zu schwerwiegenden Differenzen. Der Streit endete nicht selten damit, dass sich das Auswärtige Amt gezwungen sah, ein Angebot vorzulegen, das von den ausländischen Verhandlungspartnern als geradezu beleidigend angesehen wurde.

¹⁷⁴ BA Koblenz, B 136/3294, Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung, 25. 10. 1962; zit. auch in: Goschler, Schuld, S. 275.

¹⁷⁵ BA Koblenz, B 126/51593, von Spindler an Etzel und Hettlage, 8. 6. 1959.

¹⁷⁶ Ebenda, Fauser an Hettlage und Etzel, 17. 4. 1961 (Unterstreichung im Original).

¹⁷⁷ BA Koblenz, B 136/3306, Vermerk, 28. 10. 1958.

So war es etwa im Falle von Griechenland. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden nötigte Hettlage seinen Kollegen im AA, Alfred Hilger van Scherpenberg, einem neuen bundesdeutschen Angebot von maximal 65 Mio. DM zuzustimmen¹⁷⁸. In Griechenland rechnete man mit einer Einigung über 130–150 Mio. DM, nachdem die Erwartungen dort schon erheblich heruntergeschraubt worden waren¹⁷⁹. Außenminister von Brentano war zu diesem Zeitpunkt längst geneigt, das deutsche Angebot auf bis zu 100 Mio. DM zu erhöhen¹⁸⁰. Ein Plädoyer des Auswärtigen Amtes, „ein schneller positiver Abschluss sei nicht nur für das vom Ostblock bedrängte Griechenland besonders wichtig, sondern auch für die Bundesrepublik und ihr Image angesichts neuer antisemitischer Zwischenfälle“¹⁸¹, wurde von Hettlage und seinen Mitarbeitern in den Wind geschlagen. Hettlage genehmigte sogar einen Vorschlag von Féaux de la Croix, die Beamten des BMF aus Protest gegen die Haltung des AA von den Verhandlungen mit Griechenland abzuziehen¹⁸². Am folgenden Tag, dem 2. März 1960, beschloss das Bundeskabinett jedoch in einer Eilsitzung, den Verhandlungsspielraum des Auswärtigen Amtes auf 100–115 Mio. DM zu erhöhen¹⁸³. Hettlage, so Fleischer und Konstantinaku, „gab erst nach, als der [...] Kanzler sich zu einer seiner seltenen Interventionen in dieser ihn nur mäßig interessierenden Sache aufraffte“¹⁸⁴. Eine Einigung, die Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 115 Mio. DM vorsah, wurde schließlich in Abwesenheit der Vertreter des BMF erzielt¹⁸⁵.

Nicht sehr viel anders verhielt sich Hettlage, als es um die finanzielle Entschädigung für staatenlose Opfer ging. Im Rahmen der Verhandlungen mit den westeuropäischen Staaten hatte sich die Bundesregierung veranlasst gesehen, auch staatenlose Personen zu berücksichtigen, die nicht von zwischenstaatlichen Entschädigungsabkommen profitieren würden. Hier ging es im Wesentlichen um die Gruppe der sogenannten Nationalgeschädigten, also nicht-jüdische, meist aus Osteuropa stammende Opfer. Sofern sie in der Bundesrepublik lebten, hatten sie nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) Anspruch auf eine finanzielle Minimalversorgung, wenn sie bleibende Gesundheitsschäden erlitten hatten; in der Praxis wurden die meisten dieser Anträge (meist mit höchst fragwürdigen Begründungen) jedoch abgelehnt, was schließlich zu internationalen Protesten führte. Vor allem in Großbritannien machte man sich für diese Opfergruppe stark, da viele dorthin emigriert waren. In London wollte man einen von der

¹⁷⁸ BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Hettlage und Etzel, 1. 3. 1960.

¹⁷⁹ Vgl. Hagen Fleischer/Despina Konstantinaku, *Ad calendae graecae? Griechenland und die deutsche Wiedergutmachung*, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 375–457, hier S. 416.

¹⁸⁰ BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Etzel und Hettlage, 1. 3. 1960.

¹⁸¹ Zit. nach Fleischer/Konstantinaku, *Griechenland*, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 416.

¹⁸² BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Etzel und Hettlage, 1. 3. 1960.

¹⁸³ Ebenda, Blessin an Hettlage und Etzel, 10. 3. 1960.

¹⁸⁴ Fleischer/Konstantinaku, *Griechenland*, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 418.

¹⁸⁵ Zu den Einzelheiten siehe ebenda, S. 419–425.

Bundesrepublik finanzierten und vom Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen verwalteten Hilfsfonds einrichten. Gleichzeitig sollte die bundesdeutsche Gesetzeslage für die Nationalgeschädigten verbessert werden. Diese Idee wurde sowohl vom Auswärtigen Amt als auch vom deutschen Botschafter in Großbritannien, Hans von Herwarth, ausdrücklich begrüßt.

Finanzminister Etzel und Staatssekretär Hettlage hingegen konnten den Plänen zur Bereitstellung eines Hilfsfonds nichts abgewinnen¹⁸⁶. In ihren Augen war die veranschlagte Summe (im AA ging man von 10–12 Mio. DM aus) zu gering, um alle Ansprüche befriedigen zu können; sie würde daher letztendlich nur zu mehr negativen Schlagzeilen führen. Auf keinen Fall durfte dem Flüchtlingskommissar die Verwaltung des Hilfsfonds übertragen werden, da dieser dann auch die Kriterien für die Anspruchsberechtigung festlegen und wohl wesentlich großzügigere Maßstäbe anlegen würde als die Bundesregierung. Stattdessen sollten maximal 3–5 Mio. DM zur Abfindung derjenigen Nationalgeschädigten bereitgestellt werden, die nach dem BEG anspruchsberechtigt waren. Auch hier wurden die astronomischen Kosten der Wiedergutmachung wieder einmal ins Feld geführt: „Die Gesamtheit der z. Zt. übersehbaren Wiedergutmachungsleistungen muss auf 25–27 Mia. DM beziffert werden. Setzt man diesen Betrag zu dem Teil des deutschen Sozialprodukts in Beziehung, der nach Abzug der zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft, unseres staatlichen Lebens und unserer sozialen und politischen Ordnung erforderlichen Mittel verbleibt, so zeigt sich in welchem großem Ausmaße die Bundesrepublik Wiedergutmachungsleistung erbringt.“¹⁸⁷

Der Verweis auf die Gesamthöhe der Wiedergutmachung und deren Anteil am deutschen Sozialprodukt ging auf eine von Ministerialrat Georg Blessin ersonnene Defensivstrategie zurück. Blessin wollte 1959 angesichts der Wiedergutmachungsforderungen der Westmächte von der volkswirtschaftlichen Abteilung seines Hauses geklärt wissen, „welchen Prozentsatz die gesamten Wiedergutmachungsleistungen von dem Teil des deutschen Sozialprodukts ausmachen, der nach Abzug der zur Aufrechterhaltung unseres staatlichen Lebens, unserer Wirtschaft und unserer sozialen und politischen Ordnung erforderlichen Mittel übrig bleibt“¹⁸⁸. Blessin erhielt folgende Antwort: „Die Wiedergutmachungsleistung dem Bruttosozialprodukt beziehungsweise dem Volkseinkommen selbst gegenüberzustellen, empfiehlt sich nicht, da hieraus keine Schlussfolgerungen gezogen werden können, zumal der Anteil relativ niedrig ist.“¹⁸⁹ Etzel und Hettlage wussten auch ohne diesen Nachhilfeunterricht, dass der Betrag von 25–27 Milliarden DM, den sie 1959 für die „Gesamtheit aller z. Zt. übersehbaren Wiedergutmachungsleistungen“ veranschlagt hatten, überzogen war¹⁹⁰.

¹⁸⁶ BA Koblenz, B 136/1148, Hettlage (in Vertretung Etzels) an AA, 11. 9. 1959.

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ Georg Blessin, zit. nach Goschler, Schuld, S. 226.

¹⁸⁹ Antwort der volkswirtschaftlichen Abteilung, zit. nach ebenda.

¹⁹⁰ „Was Bonn gezahlt hat“, in: Die Zeit vom 15. 8. 1958, veranschlagte die Kosten der Wiedergutmachung bis 1958 mit 8 Mrd. DM. 1963 bezifferte Finanzminister Dahlgrün die bisherigen Ausgaben auf 23 Mrd. DM. Vgl. Goschler, Schuld, S. 221. Siehe hierzu auch die Statistiken des

Das Bundesfinanzministerium gab seine ablehnende Haltung gegenüber dem Hilfsfonds auch dann nicht auf, als das Auswärtige Amt den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Auguste Lindt, mit Zustimmung des Bundeskanzlers im Sommer 1960 zu Verhandlungen nach Bonn einlud. Lindt wurde durch die Blockadepolitik des Finanzministeriums offen brüskiert. Staatssekretär Hettlage war zu diesem Zeitpunkt noch immer strikt gegen eine Übertragung des Fonds an den Flüchtlingskommissar¹⁹¹. Er ordnete an, Lindt höchstens eine Besonderstellung der Nationalgeschädigten nach dem BEG und die Einrichtung eines bundesdeutschen Härtefonds (in ungenannter Höhe) für nach dem BEG anspruchsberechtigte Nationalgeschädigte in Aussicht zu stellen¹⁹². Daraufhin beschwerte sich Lindt bei seinem guten Bekannten, Bundespressechef Felix von Eckart, über das Finanzministerium¹⁹³. Als von Eckart Adenauer die Situation schilderte, bezeichnete der Bundeskanzler Lindts Forderung nach einem Fonds in Höhe von 50 Mio. DM als „realisierbar“¹⁹⁴. Adenauer schrieb umgehend an Finanzminister Etzel und erklärte ausdrücklich, er wünsche die Einrichtung eines VN-Fonds in der Größenordnung von 40–50 Mio. DM¹⁹⁵. Trotz dieser eindeutigen Anweisung versuchte Féaux, diese Initiative noch durch einen in letzter Minute lancierten Gegenvorschlag zu blockieren¹⁹⁶. Hettlage lenkte schließlich ein und bot Lindt nach einer langen Unterredung die Schaffung eines VN-Fonds über 40 Mio. DM und die Verbesserung der bundesdeutschen Gesetzgebung für die Nationalgeschädigten an¹⁹⁷. Hettlages Angebot wurde in abschließenden Verhandlungen mit Lindt noch um 5 Mio. auf 45 Mio. DM aufgestockt.

Hettlage hielt seine grundsätzlichen Ansichten zur Wiedergutmachung nicht schriftlich fest und signalisierte nach langen Verhandlungen oft nur in dürren Worten seine Zustimmung zu einem Kompromiss. Trotzdem ist erkennbar, dass er die Wiedergutmachung nicht grundsätzlich ablehnte und keineswegs in allen Fällen einer Einigung im Wege stehen wollte. Damit unterschied er sich von Féaux de la Croix und anderen Ministerialbeamten, deren unnachgiebige Haltung¹⁹⁸ von Etzel manchmal noch gefördert wurde¹⁹⁹. Im Fall Frankreichs war Hettlage mit der vom Auswärtigen Amt ausgehandelten Entschädigungssumme

BMF in: BA Koblenz, B 126/51592, Kriegsfolgelasten des Bundes für die Rechnungsjahre 1950 bis 1963, 15. 1. 1958.

¹⁹¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), B 81/108, Aufzeichnung Dr. Born, 23. 9. 1960.

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ PA AA, B 81/329, Notiz über ein Gespräch mit Staatssekretär von Eckart, 29. 9. 1960.

¹⁹⁴ Ebenda.

¹⁹⁵ BA Koblenz, B 136/1148, Adenauer an Etzel, 28. 9. 1960.

¹⁹⁶ Ebenda, Féaux de la Croix an Vialon, 4. 10. 1960.

¹⁹⁷ Ebenda, Hettlage an Globke, 4. 10. 1960.

¹⁹⁸ Zu Féaux de la Croix siehe u. a. Fleischer/Konstantinakou, Griechenland, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 420; Goschler, Schuld, S. 140 f., S. 150 f. u. S. 259; Peter Helmberger, „Ausgleichsverhandlungen“ der Bundesrepublik mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 197–241, hier S. 217.

¹⁹⁹ Siehe Fleischer/Konstantinakou, Griechenland, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 419 f.

von 400 Mio. DM einverstanden. Auch in den Verhandlungen mit Norwegen akzeptierte er schließlich – trotz Bedenken seines Ministers – den Lösungsvorschlag seines Kollegen Scherpenberg und trug damit dazu bei, langwierige Verhandlungen zu einem Abschluss zu führen²⁰⁰. Im Falle der Schweiz erwies sich Hettlage ebenfalls als kooperativ²⁰¹. Er ließ insgesamt mal mehr, mal weniger Kompromissbereitschaft erkennen. Das oft jahrelange Feilschen um einige Millionen mehr oder weniger war allerdings finanzpolitisch nicht zwingend notwendig. Es war aber genau dieses Feilschen und Taktieren, das den positiven Effekt der Globalabkommen als großzügige, versöhnliche Geste weitgehend verpuffen ließ.

Hettlage war Teil der „Festung“ Finanzministerium. Auch bei ihm zeigten sich die bekannten Abwehrmechanismen. Gemessen an den Standards innerhalb der „Festung“ war seine Haltung allerdings konziliant und flexibel, und auch gemessen am Geist der Zeit in den 1950er Jahren machte Hettlage keine schlechte Figur. Allerdings muss man doch fragen: Hätte man von einem hohen Beamten und Wissenschaftler wie Hettlage, der persönlich sehr viel gutzumachen hatte, der mit viel Glück eine zweite Karriere beginnen konnte und dabei auch noch eine Chance zu einer „persönlichen Wiedergutmachung“ erhielt – hätte man von ihm nicht mehr erwarten können? Ein anderes Problem liegt darin, dass mit Karl Hettlage und Ernst Féaux de la Croix zwei politisch Belastete mit der Wiedergutmachung betraut worden waren. Die Lebenswege von Féaux und anderen Ministerialbeamten des BMF, die sich als „tapfere Kämpfer“ in den „Schlachten“²⁰² um die Wiedergutmachung verstanden, müssten noch genauer untersucht werden. Indem die Bundesregierung derart belastete Personen mit Wiedergutmachungsangelegenheiten betraute, machte sie sich in hohem Maße angreifbar. Zumindest ein Land hat offenbar erwogen, diese Karte in den Verhandlungen zu spielen: Die niederländische Delegation plante, die Tatsache, dass der deutsche Verhandlungsleiter Rolf Lahr seit 1933 Mitglied der NSDAP und der SA gewesen war, an die Presse weiterzuleiten, um in den Verhandlungen Druck auszuüben. Das Manöver unterblieb nur, weil die bundesdeutsche Delegation (ohne von der drohenden Veröffentlichung zu wissen) ein neues, besseres Angebot vorlegte²⁰³.

1964 wurden die beiden letzten Globalabkommen (mit Großbritannien und Schweden) geschlossen. Hettlage war bereits zwei Jahre zuvor vom Finanzministerium zur Montanunion gewechselt. Insgesamt wurden für die 11 Globalabkommen zwischen 1958 und 1964 876 Mio. DM bereitgestellt, ein Bruchteil dessen, was man im selben Zeitraum für die Kriegsopferversorgung ausgab. 1974 veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen eine Buchreihe mit dem Titel *Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutsch-*

²⁰⁰ Vgl. Moisel, Formelkompromiss, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 260; Hans Otto Frøland, „Eine gewaltige, nicht beglichene Schuld“. Die deutsche Entschädigung für NS-Verfolgte in Norwegen, in: Ebenda, S. 285–356, hier S. 340.

²⁰¹ Vgl. Urs Altermatt/Christina Späti, Neutralität statt Moralität. Die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus in der Schweiz, in: Ebenda, S. 513–567, hier S. 530 f.

²⁰² Goschler, Schuld, S. 270.

²⁰³ Vgl. Helmberger, Ausgleichsverhandlungen, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 224.

land, die die diesbezüglichen Bemühungen dokumentieren sollte²⁰⁴. Im Vorwort zum ersten Band schrieb Kanzler Willy Brandt: „Schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben alle demokratischen Kräfte die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts als eine Aufgabe von größter moralischer und menschlicher Tragweite angesehen und als solche auch behandelt.“²⁰⁵ Für das BMF galt das sicher nur in eingeschränktem Maße, auch wenn die wahre Haltung des Ministeriums während der Verhandlungen zu den Globalabkommen in der Darstellung nicht wieder zu erkennen war. Féaux de la Croix hatte das entsprechende Kapitel selbst verfasst und kräftig geschönt, doch nicht einmal hier seine Vorbehalte zu verhehlen vermocht. Glücklicherweise war mit dieser einseitigen Darstellung das Thema Wiedergutmachung nicht erledigt.

Schlussbetrachtungen

1965 erschien Hettlages Name im berüchtigten Braunbuch der DDR. Unter dem Abschnitt „Handlanger der Monopolherren“ fanden sich einige Zeilen über seine Tätigkeit im Rüstungsministerium: „Bis zur letzten Minute setzte sich Hettlage für die Fortführung und Unterstützung des totalen Krieges ein und propagierte den faschistischen ‚Endsieg‘. Nachdem er 1945 in Westdeutschland kurz untergetaucht war, ließen ihn die Monopolvertreter 1956 wieder zum Ministerialdirektor aufsteigen. Wenig später vermittelte Hettlage seine Erfahrungen aus der Nazi-Zeit als Staatssekretär bei der Finanzierung der Aufrüstung.“²⁰⁶ Belegt wurden diese Behauptungen allerdings nicht. Die Stasi sammelte zwar eifrig Material über Hettlage, hat aber, trotz einzelner Hinweise, seine Position beim GBI und seine Rolle bei der Judenverfolgung nicht verstanden²⁰⁷. Das Braunbuch schadete Hettlages Karriere nicht. In Bonn wurde das Braunbuch von offizieller Seite so weit wie möglich ignoriert und diskreditiert. Hettlages Vergangenheit war dort zumindest teilweise bekannt²⁰⁸. Außerdem standen mit Lübke, Globke, Oberländer und Kiesin-

²⁰⁴ Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister der Finanzen in Zusammenarbeit mit Walter Schwarz, 6 Bände, München 1974–1983.

²⁰⁵ Willy Brandt, Geleitwort des Bundeskanzlers, in: Ebenda, Bd. I: Rückerstattung nach den Gesetzen der alliierten Mächte, München 1974, S. V.

²⁰⁶ Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik: Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Ostberlin 1965, S. 44. Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin, Reprint der Ausgabe von 1968 (3. Auflage), hrsg. von Norbert Podewin, Berlin, ohne Datum, S. 47. Die Angaben zu Hettlage in dieser Auflage des Braunbuchs unterscheiden sich in einigen Details von denen in der ersten Ausgabe.

²⁰⁷ Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Archiv, PA 756, Akte Karl Hettlage. Zu Hinweisen auf Hettlages Rolle bei der Judenverfolgung siehe Bl. 76.

²⁰⁸ Als es Anfang 1962 um die Ernennung von Gustav Sonnenhol zum Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium ging, wischte der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Zoglmann politische Bedenken wegen Sonnenhols SS-Mitgliedschaft mit folgender Bemerkung beiseite: „Sonnenhol ist nur formell belastet wie zum Beispiel der Herr Hettlage, den Sonnenhol im vorbeigehen

ger andere Personen im Rampenlicht der internationalen Aufmerksamkeit. Als das Braunbuch erstmals erschien, war Hettlage auch nicht im Regierungsdienst, und als 1967/68 die zweite und dritte Auflage auf den Markt kam, trachteten die Herausgeber danach, eher Finanzminister Franz Josef Strauß als seinen Staatssekretär zu diskreditieren²⁰⁹. Der politische Wechsel Ende 1969 brachte Hettlages Ablösung als Staatssekretär mit sich. Der neue Finanzminister Alex Möller entließ Hettlage, da er „sich als engagierte[r] Strauß Bewunderer aktiv an der Wahlkampfpolemik gegen Schiller und die SPD beteiligt [hatte]“²¹⁰.

Strauß war es auch gewesen, der die Auszeichnung Hettlages mit dem Bundesverdienstkreuz nachdrücklich befürwortet hatte²¹¹. Hettlage war aufgrund seiner Tätigkeit als Staatssekretär nominiert worden. Da seine problematische Vergangenheit bekannt war, forderte das Bundespräsidialamt Akten beim Berlin Document Center an, die unter anderem Hettlages SS-Mitgliedschaft bestätigten. Das Bundeskanzleramt beauftragte daraufhin Hans Buchheim mit einem Gutachten. Buchheim bestätigte Hettlages Darstellung, dass es sich bei der SS-Mitgliedschaft um einen Ehrenrang gehandelt haben dürfte. Er betonte allerdings auch, dass die wenigen Unterlagen, die ihm zur Verfügung gestanden hätten, „nicht für eine umfassende Würdigung des Wirkens von Professor Hettlage in der Nazi-Zeit [ausreichen]“²¹². Hettlages Aktivitäten im Rüstungsministerium und beim GBI wurden nicht näher in Augenschein genommen. Schließlich galt er als politisch entlastet und als Mitglied des Widerstands um Goerdeler²¹³.

Seit dem Ende des Dritten Reiches haben Historiker, Journalisten, Psychologen sowie ehemalige Täter und Opfer versucht, typische „Täterbilder“ zu erstellen²¹⁴. Hettlage gehörte altersmäßig zur „Generation Sachlichkeit“, der Kriegsjugendgeneration, die zwischen 1900 und 1910 geboren wurde, am Ersten Weltkrieg selbst nicht mehr teilgenommen, aber die Niederlage und die chaotische Gründungsphase der Republik als traumatisierende Ereignisse wahrgenommen hat²¹⁵. Hettlage zeichnete sich aber nicht durch die Mischung aus Sachlichkeit, vor allem emotionaler Kälte, und nationalistisch-völkischer Ideologie aus, die so viele aus dieser Generation prägte. Er hatte den für die „Generation Sachlichkeit“ typischen „Sinn für rationelle Methoden und für das Ökonomieprinzip über-

hätte grüßen müssen, weil Hettlage einen höheren SS-Rang hatte.“ „Alles falsch gemacht“, in: *Der Spiegel* vom 24. 1. 1962, S. 20.

²⁰⁹ Vgl. Braunbuch, Reprint von 1968, S. 3–5, S. 9, S. 132, S. 295 u. S. 346.

²¹⁰ „Order an Alle“, in: *Der Spiegel* vom 3. 11. 1969, S. 33.

²¹¹ BA Koblenz, B 122/38895, Strauß an Kiesinger, 16. 1. 1967.

²¹² Ebenda, Buchheim an Köble, 5. 1. 1967.

²¹³ Ebenda, Strauß an Kiesinger, 16. 1. 1967, und Vermerk, Referat 5, 13. 1. 1967.

²¹⁴ Am bekanntesten Hannah Arendts berühmte, aber umstrittene Einschätzung Eichmanns. Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964. Während lange Zeit Bilder vom unpolitischen, bürokratischen Schreibtischtäter und modernen Technokraten dominierten, rückte jüngst die Bedeutung der Weltanschauung in den Vordergrund. Eine gute Zusammenfassung verschiedener Täterbilder findet sich bei Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts*, Hamburg 2002, S. 15–23.

²¹⁵ Vgl. Herbert, Best, S. 42–45.

haupt²¹⁶. Gleichzeitig bewahrte er sich ein hohes Maß an Resistenz gegenüber der NS-Ideologie, was sicher auch mit seiner Verwurzelung im katholischen Milieu zusammenhing. Das frühere Zentrumsmitglied war eben kein Nationalsozialist und wahrscheinlich auch kein Antisemit gewesen, obwohl er willig nationalsozialistische Interessen gefördert hatte. Er war ein hochintelligenter Wirtschafts- und Finanzexperte, der Etzel und Strauß diente, wie er einst Speer gedient hatte. Insgesamt bleibt die Person Karl Maria Hettlage schwer zu greifen. Seine schriftlichen Zeugnisse beschränken sich im Wesentlichen auf Abhandlungen zu Wirtschafts- und Finanzfragen. Fragen nach Hettlages Motivation und Überzeugungen sind deshalb kaum zu beantworten, zumal Hettlage selbst alles tat, um die Spuren zu verwischen.

Nach 1945 präsentierte er eine Melange aus Halbwahrheiten, und die Alliierten zeigten wenig Interesse, die Aktivitäten des gebildeten Finanzexperten, der fließend Englisch sprach, genauer unter die Lupe zu nehmen. Hettlage täuschte nicht nur Gitta Sereny, die über ihn schrieb: "With Hettlage, an elegant, gently humorous and perceptive man, one had the distinct impression of someone who had nothing to regret, unlike so many Germans of that period."²¹⁷ Auch in der Entnazifizierung kam er ungeschoren davon. Zwei Verfahren machten aus ihm sogar ein unbelastetes Mitglied des Widerstands, und das weit verzweigte Netzwerk der rheinischen Zentrumsangehörigen half Hettlage schließlich, beruflich wieder Fuß zu fassen. Trotzdem war das Fundament, auf dem sein Leben nach 1945 basierte, brüchig²¹⁸. Hettlage musste immer mit Nachfragen, ja mit Aufdeckung rechnen.

Nach 1945 unterstützte Hettlage auch Speers Darstellung der jüngsten Vergangenheit. Speer produzierte in Spandau bekanntlich apologetische Schriften, sein Freund Wolters half ihm dabei, und Hettlage pries die Ergebnisse: „Ich bewunderte den Charakter des Autors unter so extremen Bedingungen durch zwanzig Jahre, ich bewunderte die Unabhängigkeit und nicht selten auch die Tiefe seiner Gedanken und ich bewunderte seinen bemerkenswerten literarischen Stil.“ Hettlage zeigte sich zuversichtlich, dass Historiker Speers Werke einmal außerordentlich bedeutend und hilfreich finden würden, und resümierte: „Vor dem großen Charakter und dem nachdenklichen Beobachter seiner Zeit, der dieses Werk – im doppelten Sinne – vollbrachte, ziehe ich den Hut.“²¹⁹

Dies war keine psychologisch bedingte Negation des eigenen Handelns, Geschichte wurde ganz bewusst umgeschrieben. Die Generalbauinspektion ver-

²¹⁶ Günther Gründel, zit. nach Herbert, Best, S. 44.

²¹⁷ Sereny, Speer, S. 155.

²¹⁸ Zwei Beispiele: 1958 veröffentlichte die Mainzer Allgemeine Zeitung eine Serie mit den Memoiren Walter Dornbergers. Dort war wenig Schmeichelhaftes über Hettlage zu lesen. Vgl. Mainzer Allgemeine Zeitung vom 14./15. 6. 1958. Dies hatte eine Anfrage des Abgeordneten Lotz (FDP) im Mainzer Landtag zur Folge. Landtag Rheinland-Pfalz, 3. Wahlperiode, Drucksachen, Abt. 3, 1958, Antwort Nr. 431, S. 288. 1968 wurde ein Antrag der Nebenklagevertreter, Hettlage als Zeuge im Essener Mittelbau-Dora Prozess zu vernehmen, vom Gericht abgewiesen. Vgl. Breloer, Akte, S. 488.

²¹⁹ BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/27, Hettlage an Speer, 21. 9. 1975; ebenda, Hettlage an Speer, 21. 10. 1969.

schwand aus Hettlages Lebenslauf, und aus der Chronik der Generalbauinspektion, die Rudolf Wolters erstellt hatte, verschwanden alle Passagen, die mit der Räumung und Arisierung jüdischer Wohnungen in Berlin zu tun hatten²²⁰. Wolters säuberte damit nicht nur Speers, sondern auch Hettlages Vergangenheit. Zum 65. Geburtstag von Karl Maria Hettlage im November 1967 verfasste Wolters folgendes Gedicht:

Man sprach von Deinem Lauf des Lebens,
 Von manchen großen Episoden
 Und vom Erfolge Deines Strebens:
 Man flocht Dir Kränze, schickte Oden.

Und Deines Lebenslaufes Löcher
 Versanken mild in Nebelschwaden
 Denn Wiesenthal mit vollem Köcher
 Hält seine Pfeile giftgeladen.

Doch ich war stolz den Mann zu kennen,
 Den derart höchste Tiere ehrten:
 Ich durfte Dich als Freund bekennen
 Und seinerzeitigen Gefährten,

Als Du in jenem Dritten Reiche
 Im Schweigemarsche leise gingst
 Als es nach Pulver roch und Leiche,
 Als ‚Heil mein Führer‘ rief der Frings

Als unser höchstes Oberhaupt
 in Kaliberge rüsten ging
 (Ach wär'n die Akten doch verstaubt
 verscholl'n im Salzberglyabyrinth).²²¹

Die Taktlosigkeit, das erschreckende Maß an Zynismus, die Verachtung für Simon Wiesenthal, die aus diesen Zeilen sprechen, können und sollen nicht Hettlage angelastet werden. Wolters kannte aber den Jubilar lange und gut genug, um im Rückblick auf eine erfolgreiche Karriere augenzwinkernd und mit diebischen Vergnügen auf die „Erfolgsstrategien“ zu sprechen zu kommen, die man gemeinsam verfolgt hatte. Die Löcher in Hettlages Lebenslauf wurden im Nebel verborgen, auch zahlreiche andere ehemalige Täter fanden sich bald wieder in einflussreichen Positionen und erhielten Ehrungen. Karl Hettlage war eben keine Ausnahme.

²²⁰ Vgl. Schmidt, Speer, S. 26–29.

²²¹ BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/27, Karl Maria Hettlage zum 27. 11. 1967. Mit „Frings“ ist vermutlich Kardinal Frings gemeint.